

Preis: 10 Pfennig

10 Rappen
5 Kop.

3. Jahrgang Nr. 4
Berlin, April 1927

DER ROTE HELFER



Genosse André Marty (X), Paris, legt gemeinsam mit dem Sekretär der R. H. aus dem Elsass im Namen der internationalen Delegation zur I. R. H.-Konferenz in Moskau einen Kranz für die Opfer der deutschen Revolution auf das Grab Karl Liebknechts.

Arbeiterverfolgungen in Frankreich.

Von *André Marty*

Es ist schwer, in wenigen Zeilen eine Vorstellung von den Verfolgungen in Frankreich zu geben, wir können nur bestätigen, daß sie im Steigen begriffen sind.

In Frankreich selbst ist die Zahl der politischen Gefangenen klein. Wir haben nur ungefähr 40. Es handelt sich meistens um Genossen, die sich an der Agitation gegen den Marokkokrieg beteiligt haben, und die bereits vor mehr als einem Jahr verurteilt worden sind. Fast alle sind Kommunisten. Unsere beiden ausgezeichneten Genossen Carvelli und Clerc, die beide — der eine in Marseille, der andere in der Rue Damrémont, in Paris — an Zu-

Aber, wenn es auch im Augenblick nur wenige politische Gefangene in Frankreich gibt, so bereitet sich die Bourgeoisie auf weitere Verfolgungen vor. Sie verfolgt mit Erbitterung die antimilitaristische Propaganda. Es vergeht kein Monat, in dem nicht Arbeiter oder Soldaten wegen dieser Delikte verurteilt werden. 6 Matrosen von der Kriegsflotte sind auf Jahre hinaus im Zentralgefängnis von Fonteverault eingekerkert. Mehrere hundert sind in die Militärgefängnisse von Afrika, Korsika oder der Insel Oleron geworfen worden. 5 Soldaten, die in Trier verurteilt worden sind, sitzen in Clairvaux. Parallel mit der Aktion gegen revolutionäre Jungarbeiter wegen antimilitaristischer Propaganda geht die gegen die nach Frankreich Emigrierten. Polizei und Kapitalisten benutzen die große Arbeitslosigkeit zu einer Hetze gegen die „Ausländer“. Werden sie in Veranstaltungen von Gewerkschaften oder anderer revolutionärer Organisationen angetroffen, so werden sie sofort unerbittlich ausgewiesen.

Endlich hält die „demokratische“ französische Regierung ihre Kolonien unter einer ausgesprochenen Diktatur, die mit Feuer und Schwert gegen die Eingeborenen vorgeht, die es wagen, ihre elementarsten Rechte zu fordern, Unterdrückung der Presse, die in der Landessprache erscheint, Unterdrückung und Beschlagnahme der kommunistischen Zeitungen, die in Frankreich erscheinen, gesetzwidrige Verhaftungen, Internierung in abgelegenen Städten, das ist die „Zivilisation“, die die französische Regierung in ihre Kolonien bringt.

So wie die französische Sektion der IRH, die französischen Arbeiter auffordert, gegen die Unterdrückung in Deutschland zu kämpfen, so müssen die deutschen Arbeiter diejenigen ihre Hilfe leihen, die vom französischen Militarismus und Imperialismus unterdrückt werden. Der französische Kriegsverichtshof in Trier, der den jungen deutschen Arbeiter Eife ebenso verurteilte, wie den jungen französischen Arbeiter Rouffianges, hat gezeigt — wieder einmal mehr —, daß die Unterdrückung der Bourgeoisie nicht an den Grenzen halt macht.

Wir begrüßen die deutschen Arbeiter und diejenigen, die in der Roten Hilfe Deutschlands organisiert sind, und sind überzeugt, daß die mächtige Hilfe des deutschen Proletariats allen denen, die in den Gefängnissen unter der brennenden Sonne Afrikas, wie in den eiskalten Zellen Frankreichs schmachten, immer mehr und mehr zuteil werden wird.



Die internationale Delegation am Grabe der Revolutionsopfer
Gen. Schlör, Generalsekretär der R. H. D. spricht.

sammenstößen mit Faschisten teilgenommen haben, werden immer noch als kriminelle Verbrecher im Gefängnis behandelt, der eine hat 7 Jahre in Rom, der andere 3 Jahre abzusitzen,

Die Internationale Delegation der I.R.H.-Konferenz ehrt die Opfer der deutschen Revolution.

Aus Anlaß der Durchreise von Genossen aus Frankreich, England, Südamerika, Belgien, Italien und anderen Ländern zur internationalen Konferenz der IRH. in Moskau

legte am Mittwoch, den 16. März, eine internationale Delegation am Grabe der Revolutionsopfer in Friedrichsfelde einen Kranz nieder. Die Delegation wurde von ca. 1500 Berliner Arbeitern und Roten Frontkämpfern begleitet. Die Straßen des Proletarierviertels im Osten Berlins waren von zahllosen Werktätigen umsäumt, immer größer wurde die Zahl derer, die sich der Demonstration anschlossen. Auf dem Friedhof umstanden dann mehr als 2000 die Gräber unserer toten Helden.

Im Namen des Zentralvorstandes der Roten Hilfe sprach Genosse Schlör. Er gedachte der Kämpfer der Arbeiterschaft und ihrer Opfer und ermahnte, den Kampf für das Ziel, für das unsere Toten gefallen, weiterzuführen bis zum endgültigen Siege.

Im Namen der ausländischen Delegation sprach dann Genosse André Marty, Paris. Er gedachte am Grabe Karl Liebknechts und Rosa Luxemburgs auch der anderen revolutionären Kämpfer und verglich den Friedhof in Friedrichsfelde mit dem Pere Lachaise in Paris, auf dem die gemeuchelten Opfer der Pariser Kommune liegen. 30—35 000 Kämpfer der Kommune ruhen in Frankreichs Erde. In Rumänien, in Bulgarien, überall in den Ländern kapitalistischer Unterdrückung schmachten noch Tausende hinter Kerkermauern und erwarten durch uns ihre Freiheit.

„Ich lege im Namen aller ausländischen Delegationen an den Gräbern der Toten der deutschen Revolution diesen Kranz nieder

als Ausdruck, daß die Unterdrückten der ganzen Welt in aktiver Solidarität zueinanderstehen und den Kampf gegen ihre Ausbeuter



André Marty spricht am Grabe der Revolutionsopfer.

in gemeinsamer Front führen.“ Im Anschluß hieran legte Genosse Marty auf dem Grabe Karl Liebknechts einen Kranz nieder. Auf dem roten Tuch ist in goldenen Lettern eingegraben: „Den großen Toten der deutschen Revolution. Die französischen Mitkämpfer.“ Mit dem Gesang der Internationale fand die imposante Kundgebung ihr Ende.



Das Urteil im Jürgens-Prozeß ist gefällt!
Freispruch für Jürgens, trotzdem selbst der Oberstaatsanwalt 2½ Jahre Zuchthaus beantragt hatte. Freigesprochen wurde dieser Jürgens, dessen kriminelle Verbrechen als erwiesen betrachtet werden können, der mit brutalen, mittelalterlichen Inquisitionsmethoden gegen aufrechte revolutionäre Arbeiter wütete, sobald sie in seine untersuchungsrichterlichen Fänge gerieten, der den Haß, den jeder bewußte Arbeiter gegen die deutsche Klassenjustiz und ihre Werkzeuge empfindet, ausnutzte, um seine verbrecherischen Kriminaldelikte zu bemänteln.

Zu offenkundig ist:

Politische Motive haben dieses freisprechende Urteil bedingt!

Denn eine Verurteilung dieses Jürgens hätte mit zwingender Notwendigkeit zu deutlich gezeigt, welche Subjekte sich der Staatsgerichtshof zum Schutze dieser Republik sich bedient. Unhaltbar wären die Verurteilungen der Opfer dieses Jürgens gewesen. Der Forderung nach Freilassung der politischen Gefangenen, von Jürgens und seinen Gehilfen in die Kerker und Zuchthäuser geworfen, wäre zu starker Antrieb geworden.

Jürgens mußte freigesprochen werden, weil er ja auftragsgemäß im Sinne der Bourgeoisie als skrupelloses Werkzeug republikanischer Klassenjustiz seine Henkersarbeit an revolutionären Proletariern verrichtet hat. Diesem Jürgens durfte daher kein Haar gekrümmt werden.

Und so tritt der „Fall Jürgens“ als Einzelfall zurück.

Hier ist die Terrorfratze deutscher Klassenjustiz deutlich zu erkennen. **Der Freispruch des Jürgens wird zum Kennzeichen deutscher Klassenjustiz!**

Die politischen Motive für die Freisprechung gibt selbst die „Germania“ vom 15. März 1927 bei der Besprechung des Urteils offen zu:

„Hier beginnt der 2. Teil des Dramas, der zu einem Kampf um die Wiederherstellung der Ehre eines Unschuldigen wird. Auf Grund unserer Kenntnis der Dinge glauben wir schon heute soviel sagen zu können, daß dabei für das Ansehen der Justiz recht unangenehme Dinge zur Sprache kommen werden. Aber soviel ist auch sicher, daß Jürgens selbst nicht einen Skandal entfesseln wird, dieser Kampf wird sich wahrscheinlich zum größten Teil hinter den Kulissen abspielen.“

Hinter den Kulissen! Ganz recht, hinter den Kulissen hat sich schon viel abgespielt! Jürgens wußte, daß man ihn nicht verurteilen durfte, er weiß zuviel! Darum sein freches zynisches Auftreten vor Gericht.

Jürgens hat als Untersuchungsrichter, ungehindert von seinen Vorgesetzten, ja unter ihrer schweigenden Duldung, seine Macht zu schweren Verbrechen gegen Untersuchungsgefangene mißbraucht. Trotz aller Beschränkung in der Verteidigung ist in einer Reihe von Prozessen eindeutig nachgewiesen worden, daß Jürgens durch

körperliche und seelische Foltern

„Geständnisse“ erpreßt hat, Aussagen „korrigiert“ und umgefälscht hat!

Mütter und Frauen von Untersuchungsgefangenen ließ er in Haft nehmen; durch Versprechungen und Bedrohungen versuchte er sie zu belastenden Aussagen zu veranlassen.

Den Untersuchungsgefangenen, Genossen Lampe, zwiebelte er solange mit der Drohung, seine Frau zu verhaften, wenn er nicht die gewünschten Aussagen mache, bis Lampe sich selbst endlich wahrheitswidrig belastete, nur um seine Frau vor der Verhaftung zu schützen.

Dieser Jürgens schreckte auch nicht davor zurück, eine schwer lungenkranke Frau von ihrem kleinen Kinde fortzureißen, sie 5 Monate gefangen zu halten, um sie zu falschen Aussagen zu zwingen.

Sein medizinischer Sachverständiger war der im jetzt beendeten Prozeß als Zeuge vernommene Dr. Weber, ein Freund des Jürgens, der den willkürlichen Verhaftungen des Jürgens den ärztlichen Beistand leistete.

Zeugen bekundeten weiter, daß Jürgens im sogenannten Tscheka-Prozeß unter Eid falsche Aussagen gemacht hat.

Zahlreiche Opfer des Jürgens sitzen noch in den Gefängnissen und Zuchthäusern. Wiederholte Forderungen auf Amnestierungen sind mißachtet worden. Entlassung wurde stets abgelehnt. **Der Freispruch gegen Jürgens ist ebensowenig ein Urteil im Namen des Volkes, wie die Terror-Zuchthausurteile gegen revolutionäre Arbeiter.**

Dort wie hier ausgeprägte Klassenjustiz!

Jürgens und Fememörder sind frei.

Die Arbeiter sollen weiter im Zuchthaus bleiben!

Die deutsche Arbeiterklasse und alle Feinde der Klassenjustiz dürfen nicht dulden, daß ein solch furchtbares Unrecht noch länger bestehen bleibt. Wir rufen erneut auf, alle Kräfte anzuspannen, um die Befreiung der politischen Gefangenen zu erwirken. Wir fordern:

Sofortige Freilassung aller Opfer des Jürgens!

Wiederaufnahme aller Prozesse, in denen Jürgens mitgewirkt hat unter Garantie unbeschränkter Verteidigung und Beweiserhebung!

Heraus mit allen politischen Gefangenen des Proletariats!

Berlin, den 17. März 1927.

Zentralvorstand der Roten Hilfe Deutschlands.



Arbeiter und Arbeiterinnen erwarten vor dem Moabitser Kriminalgericht am Tage der Urteilsverkündung Herrn Jürgens

Der Kampf um die Amnestie in Bulgarien

C. G. Selten hat in einem Lande eine Bewegung ein so großes Ausmaß angenommen, wie die Bewegung für die Amnestie der politischen Gefangenen in Bulgarien.

2500 politische Gefangene sitzen in den bulgarischen Gefängnissen, die wahre Höllen sind. Viele von ihnen sind zu lebenslänglichem Zuchthaus verurteilt, darunter viele, die zum Tode verurteilt waren, andere verbüßen Zuchthausstrafen von 15, 20 Jahren.

Jede Hilfe für die Gefangenen ist streng verboten. Obgleich die Gefangenen nicht einmal soviel zu essen bekommen, um einen lang-

samen Hungertod zu vermeiden, ist jede Hilfstätigkeit für sie strengstens untersagt. Die Frauen und Kinder der Gefangenen und Ermordeten, die irgendwelche Hilfe erhielten, wurden grausamst gefoltert, um die Namen der Helfer zu erfahren.

Einen Begriff „politische Gefangene“ kennt das bulgarische Gefängnisregime nicht. „Räuber und gemeine Verbrecher“ werden sie genannt. Dementsprechend ist auch die Behandlung. Morde an den politischen Gefangenen in den Gefängnissen sind nichts Seltenes. Während weniger Wochen wurden 10 „Selbstmorde“ von politischen Gefangenen bekannt, die alle unter den verdächtigsten Umständen verübt wurden. Die „Selbstmörder“ wurden in Lagen aufgefunden, in die sie sich nie und nimmer selbst gebracht haben konnten. Alle Welt wußte, was es mit diesen Selbstmorden auf sich hatte.

Alle diese Qualen wurden für die Betätigung einer politischen Ueberzeugung über Menschen verhängt. So verfuhr die Regierung Liaptscheff mit Andersdenkenden, die Regierung Liaptscheff, die eine „demokratische“ sein wollte, doch nichts anderes war als eine Fortsetzung der Henkerregierung Zankow.

Darum schallte der Ruf nach Amnestie durch das ganze Land. Die Arbeiterschaft, die nicht zusehen wollte, wie ihre Besten in den Gefängnishöllen umkommen, stieß ihn zuerst aus. Bald wurde er von der Bauernschaft und von der ganzen werktätigen Bevölkerung aufgenommen.

Ungeheuer war die Zahl der Bittschriften und Memoranden, die bei der Regierung einliefen. Die Einwohner ganzer Dörfer setzten ihre Namen unter diese Bittschriften, die oft mehrere hundert Unterschriften aufwiesen. Umsonst, die Regierung blieb taub.

Die Amnestiebewegung war aber zu einer wahren Volksbewegung geworden. Der Ruf nach Amnestie klang auch den bürgerlichen Oppositionsparteien in die Ohren und wurde von ihnen aufgenommen. Sie sagten, es sei jetzt im Interesse der öffentlichen Ruhe des Landes, an der Zeit, eine Amnestie zu erlassen. Der Bauernbund, die Sozialdemokraten, die Demokraten und linken Nationalliberalen erklärten unter dem Druck der Volksmassen, daß sie die Zeit für gekommen erachten, die Politik der Rache und bewußten Drangsaliierung aufzugeben und endlich die Möglichkeiten für ein normales innerpolitisches Leben zu schaffen.

Die bürgerlichen Parteien brachten daher einen Antrag auf Amnestie ein, der zwar nicht ganz den Anforderungen der Arbeiterschaft entsprach, aber immerhin einer Reihe von Gefangenen die Freiheit wiedergegeben hätte. Dieser Antrag sollte Anfang März in der Sobranje (bulgarisches Parlament) beraten werden. Unter Führung des Kriegsministers Wolkow stellte sich die Regierung dieser Beratung entgegen. Sie erklärte provozierend, sie kenne keine „politischen Gefangenen, sie kenne nur gemeine Räuber und Verbrecher, die in den Gefängnissen so lange sitzen



Stell' Dich draußen vor die Tür und paß' auf, daß niemand hereinkommt. Ich werde die Verhaftete inzwischen - verhören."

werden, so lange sie nicht ihre Verbrechen bereuen. Dann könne man über Begnadigung reden."

Der Antrag auf Amnestie wurde gar nicht beraten. Er wurde durch die Regierung einfach abgesetzt. —

Der Arbeiter- und Bauernschaft wie auch der politischen Gefangenen Bulgariens bemächtigte sich eine ungeheure Empörung. 186 politische Gefangene des Zentralgefängnisses Sofia traten in den Hungerstreik ein, ihnen folgten bald die Gefangenen von Plowdiw, Pazardschik und Schumla und wenige Tage später standen sämtliche 2500 politischen Gefangenen im Hungerstreik zur Er kämpfung der allgemeinen Amnestie für alle politischen Gefangenen, entschlossen, entweder zu sterben, oder ihre Forderungen durchzusetzen.

Die unabhängige Arbeiterzeitung „Novini“ teilte trotz amtlichen Dementis mit, daß der Hungerstreik weiter gehe und daß nach wie vor die 2500 politischen Gefangenen um ihre Amnestie kämpften. Ihre Stimmung sei ausgezeichnet.

Die bulgarische Regierung ließ nun die gesamte Redaktion der Zeitung vom Chefredakteur bis zum Korrektor verhaften. Sie will die Nachricht vom heldenmütigen Kampf der bulgarischen politischen Gefangenen um ihre Befreiung aus den Gefängnissen totsichweigen.

Die Arbeiterschaft der ganzen Welt aber darf nicht untätig zusehen, wie ihre Brüder in den bulgarischen Gefängnissen, die um ihre Rechte kämpfen, zugrunde gehen. Die bulgarischen Gefangenen müssen fühlen, daß die Arbeiterschaft der ganzen Welt an ihrer Seite kämpft.

Vielfach sind bereits Proteste aus allen Teilen der Welt laut geworden, die sich gegen die unmenschliche Behandlung der bulgarischen Gefangenen und für ihre sofortige Freilassung aussprechen. So hat die Rote Hilfe Englands zu einer Protestaktion aufgerufen und auch das französische Komitee für Verteidigung der Opfer des weißen Terrors auf dem Balkan hat unter Führung von Henri Barbusse für die politischen Gefangenen Bulgariens ihre Stimme erhoben.

Doch das genügt noch nicht. Die gesamte Arbeiterschaft der Welt muß fühlen, daß sie es ist, die die politischen Gefangenen Bulgariens aus ihren Kerkern erlösen kann. Sie muß immer wieder ihre Solidarität mit den im Hungerstreik Stehenden bekunden und der bulgarischen Regierung durch ununterbrochene Protestschreiben und Kundgebungen ihren Willen aufzwingen, der dahin geht, den bulgarischen Gefangenen durch eine allgemeine und umfassende Amnestie die Kerkertore zu öffnen.

... „Zum Tode durch den Strang“ (§ 13 des Gesetzes zum Schutze des Staates).



Der Offizier: „Mach schnell! Wenn wir für jeden Gehängten soviel Zeit verlieren sollten, dann würden wir erst in 15 Jahren Ruhe im Lande schaffen.“

Die Massenverhaftungen in Ungarn.

Die besondere Bedeutung der Massenverhaftungen in Ungarn, denen über 70 Arbeiter zum Opfer fielen, liegt darin, daß sie zusammenfielen mit der britischen Note an Sowjetrußland. Es handelt sich hier um einen internationalen Angriff der von der



Zóltan Szánto

britischen Regierung geleiteten Reaktion gegen die revolutionäre Bewegung. Die Losung Englands wurde vor allem von den kleinen abhängigen Staaten wie Ungarn, Rumänien und Bulgarien befolgt, wo kurz nach dem Erscheinen der britischen Note Angriffe auf die Arbeiterbewegung, Verhaftungen und Verbote stattfanden.

Die ungarische Horthy-Regierung besorgte diese Lakaiendienste sofort, indem sie unter der Parole „Sowjetagenten am Werk!“ Massenverhaftungen vornahm und dieser Parole bald die zweite „Weg mit den Köpfen der Sowjetagenten!“ hinzufügte. So wie die englische Regierung bei der Verhaftung der Sowjetkuriere in China die Losung der Hinrichtung herausgab, so gab auch sofort die Horthy-Regierung die Weisung, die „bolschewistischen Agenten“ vor dem Standgericht, das nur Todesurteile fällen oder freisprechen kann, abzuurteilen. Um die nötigen Beweismaterialien für diese standgerichtliche Aburteilung zu beschaffen, ließ die ungarische Polizei die Verhafteten den gräßlichsten Folterungen unterwerfen. Die „Zugeständnisse“, die in dieser Weise blutig erpreßt wurden, zusammen mit dem Spitzelmaterial der Agents provocateurs sind die Beweise, auf die sich das Verfahren stützt.

Was hat Horthy dazu bewegt, das Standgericht gegen die Verhafteten zu fordern? In erster Linie handelt es sich hier um einen Liebesdienst für die englische Regierung, um eine Unterstützung ihrer Maßnahmen gegen die Sowjetunion. Zweitens soll ein abschreckendes Exempel statuiert werden, denn die Schandurteile im Rakosi-Prozeß haben sich als nicht ausreichend erwiesen, um die revolutionäre Bewegung zu

ersticken. Wenn Bethlen im Rakosi-Prozeß davon Abstand nahm, Standgerichtsurteile fällen zu lassen, so spielten dabei neben dem machtvollen internationalen Massenprotest auch Momente mit, Geschäfts- und Profitinteressen, die heute nicht mehr vorhanden sind.

Seit dem Rakosi-Prozeß hat sich der britische Einfluß in Mitteleuropa und auf dem Balkan außerordentlich verstärkt. Das britische Kapital, das Frankreich nicht nur auf dem Balkan, sondern in ganz Europa zu verdrängen sucht, braucht überall in diesen abhängigen Kleinstaaten Regierungen, die die schärfsten Unterdrückungsmaßnahmen gegen die Arbeiterschaft durchführen und auf Kommando alle Wünsche der englischen Regierung erfüllen. Ungarn nähert sich nicht nur dem faschistischen Italien,



Jeder Arbeiter trägt am 1. Mai das Mai-Abzeichen, herausgegeben von der Roten Hilfe Deutschlands. Preis 10 Pfennig.

sondern versucht auch, mit Rumänien Beziehungen anzuknüpfen, wobei in erster Linie Profitinteressen im Spiele sind. Bethlen kann dabei mit der Rückgabe reicher Güter rechnen, die früher in seinem Privat-



Geza Törcsög, der Oberstaatsanwalt im Standgericht gegen Szánto, Vagy und Genossen.

besitz waren, während die ungarischen Pferdehändler-Interessen Rußland gegenüber abgeflaut sind. Die Freundschaft mit England verspricht weitgehende Aussichten und Vorteile. Die Liebesdienste der ungarischen Horthy-Regierung werden



Stephan Vagi

höchstwahrscheinlich reichlich bezahlt werden.

Es ist ferner der Plan der ungarischen Regierung, durch Standgerichtsurteile Ruhe im eigenen Lande zu schaffen. Das Stand-

Im März erschien:
Schlächter des eigenen Volkes.
 Der weiße Terror in Bulgarien. 56 S. mit Original-Photographien. Preis 25 Pfg.
Nieder mit dem italienischen Faschismus.
 Heraus zur Solidaritätsaktion für das italienische Proletariat. 16 S. Preis 10 Pfg. Das ist die erste kurze Zusammenfassung über die Methoden, die Mussolini zur Unterdrückung der Arbeiter- und Bauernbewegung anwendet.
 Noch rechtzeitig zum 1. Mai erscheint:
Staatsanwalt höre. Heraus mit Rudolf Margies!
 32 Seiten. Preis 25 Pfg.
 Diese mit Bildern und Briefen von Margies ergänzte Broschüre schildert sein Leben und sein tapferes Verhalten im Tschekaprozeß und vor dem Schwurgericht in Bochum. Jeder Arbeiter wird die Broschüre gern kaufen.
 Zu beziehen durch: Mopr Verlag, Berlin NW 7, Dorotheenstraße (oder durch die Literaturobleute).

gericht gibt ihr nach altbewährter Taktik die Möglichkeit, die Führer der Arbeiterbewegung, Szánto, Vagi und Genossen an den Galgen zu bringen und auf der anderen Seite durch Freisprechung der „Mitläufer“ der Öffentlichkeit eine humanitäre Geste vorzutauschen.

Das Proletariat aber hat den ganzen Schwindel längst erkannt und weiß, daß es auf diese blutigen Pläne der Horthy-Regierung nur eine Antwort gibt, den Henkern die große internationale Solidaritäts- und Protestaktion entgegenzusetzen. Sie ist die beste Garantie für die Verhinderung solcher Anschläge der Reaktion, ganz gleich, ob sie nun in Ungarn, Bulgarien, Rumänien oder irgendwo anders erfolgen. Auch durch diesen neuen Anschlag Horthys wird es nicht gelingen, die revolutionäre Arbeiterbewegung Ungarns auszurotten.

Sozialdemokratische Arbeiter und revolutionäre

Von Ferdinand Schreck, Detmold.

Noch gibt es mehrere Arbeiterparteien, die im Grundprinzip den Sozialismus wollen. Der Kampf, den die Mitglieder dieser Parteien für den Sozialismus führen, kostet selbstverständlich Opfer. Die „Rote Hilfe“, die Organisation, die sich dieser Opfer annimmt, ist und muß deshalb eine überparteiliche Organisation sein. Wer die Solidarität hochhalten, wer die Opfer des Klassenkampfes unterstützen will, wird deshalb die Rote Hilfe unterstützen müssen.



Ferdinand Schreck,

der im Klassenkampf ergraute Metallarbeiter trennte sich — wenn auch schweren Herzens — doch lieber von der Sozialdemokratischen Partei als von den Opfern deutscher Klassenjustiz. Gen. Schreck wurde aus der SPD. ausgeschlossen, weil er in der Roten Hilfe tätig war.

Die Rote Hilfe ist nicht zu vergleichen mit der sozialistischen Wohlfahrtspflege. Die sozialdemokratische Wohlfahrtspflege ist ein Teil der sozialdemokratischen Partei-Organisation, die geründet worden ist, um den bürgerlichen Wohlfahrtsvereinen Konkurrenz zu machen und um zu verhindern, daß sozialdemokratische Wähler durch die Unterstützungen der bürgerlichen Wohlfahrtsvereine der Sozialdemokratie abspenstig gemacht werden. Die Wohlfahrtspflege ist hauptsächlich als Agitationsmittel für die SPD. gedacht. Jedes sozialdemokratische Parteimitglied soll Mitglied der Wohlfahrtspflege sein. Hier wird also gewissermaßen ein direkter Zwang ausgeübt. Die sozialdemokratische Wohlfahrtspflege schließt auch bei besonderen Unterstützungs-Veranstaltungen Kompromisse mit bürgerlichen Wohlfahrtsvereinen, lehnt aber jede Zusammenarbeit mit der Roten Hilfe ab.

Die sozialdemokratischen Führer beeinflussen die Gewerkschaftskartelle, die vielfach regelmäßige Unterstützungsgelder an die sozialdemokratische Wohlfahrtspflege zahlen. Alle Anträge, der Roten Hilfe ebenfalls Zuwendungen zu machen, wurden bisher stets abgelehnt.

Die sozialdemokratische Arbeiterschaft sollte endlich einsehen, daß wir mit einer Unterstützungsorganisation vollständig auskommen können, und zwar, da wir mehrere Arbeiterparteien haben, mit der überparteilichen, der Roten Hilfe.

Die sozialdemokratischen Führer machen durch erlogene Behauptungen der Roten Hilfe die Agitation für ihre gute Sache sehr schwer. Sie behaupten z. B., die gesammelten Gelder würden zur Agitation für die Kommunistische Partei verwendet, trotzdem diese Herren genau wissen, daß die Kassen der Roten Hilfe auch von sozialdemokratischen Arbeitern kontrolliert werden. Die sozialdemokratischen Arbeiter, die sich der Roten Hilfe angeschlossen haben, müssen deshalb eine gewaltige Agitationsarbeit leisten, um der verlogenen Agitation der SPD-Führer entgegenzuwirken. Die Wahrheit wird dadurch zum Siege kommen.

Die Mitgliederzahl der sozialdemokratischen Arbeiter in der Roten Hilfe muß unbedingt noch zunehmen.

Die Opfer der Justiz werden in nächster Zeit nicht weniger, sondern durch die politischen und wirtschaftlichen Kämpfe, die sich in den nächsten Monaten abspielen werden, wird sich die Zahl noch erhöhen.

Der Reichskongreß der Werkstätigen rief auf zur Einheitsfront aller Werkstätigen, um den Endkampf zwischen Großkapital und Arbeit durchzuführen. Die bürgerliche Regierung wird durch das Schund- und Schmutzgesetz verschärften Druck gegen alle freihheitlichen Bestrebungen anwenden. Die Zahl der Opfer derzeitiger Justizmethode, der Klassenjustiz, wird sich dadurch steigern.

Die Rote Hilfe hat in tausend Fällen bewiesen, daß sie überparteilich ist: durch die Unterstützungen, die sie allen Anhängern der sozialistischen Parteien gewährt hat und täglich gewährt. Unterstützungen sind ausgezahlt an Kommunisten, Sozialdemokraten, Gewerkschaftern, Roten Frontkämpfern und Reichsbannerkameraden, überhaupt an alle diejenigen, die im Kampfe für den Sozialismus der Klassenjustiz zum Opfer gefallen sind.

Die Rote Hilfe hat in tausend Fällen bewiesen, daß sie überparteilich ist: durch die Unterstützungen, die sie allen Anhängern der sozialistischen Parteien gewährt hat und täglich gewährt. Unterstützungen sind ausgezahlt an Kommunisten, Sozialdemokraten, Gewerkschaftern, Roten Frontkämpfern und Reichsbannerkameraden, überhaupt an alle diejenigen, die im Kampfe für den Sozialismus der Klassenjustiz zum Opfer gefallen sind.



Adolf Bobsin,

aus der SPD. ausgeschlossen, weil er aktiv für die Rote Hilfe tätig war. Gen. Bobsin ist heute Ortsvorsitzender der RH. in München.

Die Rote Hilfe muß durch fähige und würdige Genossen überall in Stadt und Land planmäßige Agitation im aufklärenden Sinne besonders unter den sozialdemokratischen Arbeitern betreiben. Der Erfolg wird nicht ausbleiben.

Die deutsche Arbeiterschaft befindet sich auf dem Marsch nach links, sie fühlt instinktiv, daß für sie die Frage heute steht: entweder in die Barbarei zurück oder zur Freiheit, zum Sozialismus vorwärts!

Je besser wir die Opfer des Kampfes um den Sozialismus unterstützen können, desto mächtiger und stärker wird das Heer der Kämpfer werden. Eine noch weiter erstarkte Rote Hilfe wird diese Aufgaben besser noch als bisher erfüllen können.

Darum, sozialdemokratische Arbeiter, hinein in die proletarische Solidaritätsorganisation, in die „Rote Hilfe“!

Warum

wurde ich Mitglied der Roten Hilfe?

Von Xaver Freiburger, München.

Auf unserer Studienreise durch Sowjet-Rußland besuchten wir eine große Anzahl von Betrieben. Ueberall fanden wir Einrichtungen und Hinweise mit der Inschrift:

„Gedenket der Opfer der kapitalistischen Klassenjustiz!“

„Werdet Mitglieder der Internationalen Roten Hilfe!“

Wer die Verhältnisse in Sowjet-Rußland objektiv prüft, der begreift und versteht den Haß der gesamten kapitalistischen Klasse gegen diesen Arbeiter- und Bauernstaat. Mit unerbittlichem Haß und Terror verfolgt die Bourgeoisie alle jene, welche das Grundübel all unseres Massenelends in der heutigen kapitalistischen Wirtschaftsordnung erblicken und deren Beseitigung anstreben.

Zu Tausenden sitzen sie in den Gefängnissen, in den Zuchthäusern, wurden gepeinigt, gefoltert, gehenkt, nur auf Grund dieser ihrer ehrlichen Ueberzeugung. All diesen Opfern des Klassenterrors beizustehen, in ihnen das Bewußtsein zu stärken, daß ihre Klassengenossen sie auch in ihrer tiefsten Not nicht vergessen, wurde die Rote Hilfe geschaffen. Ebenso ist es eine dankbare Aufgabe der Roten Hilfe, die Frauen und Kinder der politischen Gefangenen und der Gefallenen vor der größten Not zu bewahren. Nicht nur vom Standpunkt der Solidarität aus, sondern auch vom rein menschlichen Gesichtspunkt aus kann jeder dieses tatsächliche Hilfswerk unterstützen dadurch, daß er Mitglied der Roten Hilfe wird.



Xaver Freiburger,

München, Vorsitzender des prov. Landesvorstandes Bayern der RHD.

Ich bin überzeugt, daß noch Hunderttausende von Arbeitern, namentlich auch sozialdemokratische Arbeiter für die Rote Hilfe zu gewinnen sind. Auf Grund ihrer Tätigkeit läßt sich die Ueberparteilichkeit der Roten Hilfe einwandfrei nachweisen. Es sind in ihr wirklich keine Parteifragen zu entscheiden, keine taktischen Meinungsverschiedenheiten auszufragen.

Wie helfen wir den politischen Gefangenen, wie schützen wir deren Frauen und Kinder vor der größten Not?

Das sind die eigentlichen Aufgaben der Roten Hilfe.

Es ist deshalb die Pflicht aller klassenbewußten Arbeiter, gleich

welcher politischen Anschauung, das proletarische Hilfswerk der Roten Hilfe durch ihren Beitritt und durch tatkräftige Mitarbeit zu unterstützen. Darüber hinaus kann jeder, schon aus rein menschlichen und humanitären Gründen die Rote Hilfe durch Erwerbung der Mitgliedschaft oder durch Zuwendung von Gebrauchsartikeln für die politischen Gefangenen oder deren Frauen und Kinder unterstützen und fördern.

Aus all diesen Gründen wurde ich Mitglied der Roten Hilfe und bin bereit, soweit es mir möglich, praktisch mitzuarbeiten.



Erich Mühsam

unäre Intellektuelle über die rote Hilfe

Was ist die Rote Hilfe - und wie stehen Sie zu ihr?

Diese Anfrage hat die Rote Hilfe Deutschlands an einige bekannte Persönlichkeiten gerichtet. Wir veröffentlichen nachstehend die bisher eingegangenen Antworten:

Erich Mühsam: Rote Hilfe bedeutet Bekenntnis zum 18. März und zu allen Versuchen der Unterdrückten und Ausgebeuteten, sich gegen ihre Unterdrücker und Ausbeuter zur Wehr zu setzen. Dieses Bekenntnis leistet die Rote Hilfe durch tatfreudiges Bekenntnis derer, die im proletarischen Befreiungskampf in die Fänge der gegnerischen Klassenjustiz gerieten. Die Unterstützung besteht in werbender Aufklärung über das sittliche Wollen der Justizopfer, über den arbeiterfeindlichen Charakter der politischen Strafjustiz und über die Leiden der Klassengenossen in denn Strafanstalten; ferner in der Gewährung von Rechtsschutz für die von der herrschenden Klasse verfolgten Revolutionäre; endlich und hauptsächlich in der materiellen Unterstützung der proletarischen politischen Gefangenen und ihrer sowie der im Befreiungskampf Gefallenen Frauen und Kinder. Die Rote Hilfe bedeutet somit ein überparteiliches Solidaritätswerk für proletarische Klassenkämpfer. Ueberparteilich aber heißt nicht unpolitisch. Die Rote Hilfe ist und muß sein eine Klassenkampforganisation ohne bestimmte politische Programmbildung. Wie auf den Barrikaden des 18. März 1848 ihrer Klassenlage bewußte Arbeiter brüderlich vereint mit revolutionär gestimmten Idealisten kämpften und starben, wie die Gerichte der Bourgeoisie damals wie heute noch — und heute noch zielklarer als damals — die Revolutionäre des Proletariats ohne Unterschied der Partei oder der theoretischen Schule lediglich unter Klassengesichtspunkten in die Zuchthäuser werfen, so haben die Richtungskämpfe des klassenbewußten Teils des Proletariats keinen Raum in der Solidaritäts-Organisation der revolutionären Arbeiterschaft. An den Kerkertoren, vor den Käfiggittern unserer Gefangenen hat der Bruderzwist zu schweigen, da gilt es gemeinsamen Kampf aller, die ihre Genossen unter den Justizopfern wissen, aller, die aller gefangenen Revolutionäre in Dankbarkeit gedenken. Einigung des revolutionären Proletariats zu diesem Kampfe, vorerst nur zu diesem — das bedeutet die Rote Hilfe.

gez. Erich Mühsam.

Dr. Kurt Hiller: Je parteilicher die politische „Justiz“ dieser Republik, die aus einer Revolution entsprang, aber noch nie den Mut zu sich selber gefunden hat und von Jahr zu Jahr heftiger sich ihres Ursprungs schämt, gegen die kühnsten Vorkämpfer einer gerechten Ordnung wütet, mit desto innigerer Dankbarkeit muß man eine Einrichtung begrüßen, die dort menschlich hilft, wo der Staat unmenschlich quält. Vollkommen gleichgültig ist, welcher Partei die Humanitäre angehören, die das Institut „Rote Hilfe“ geschaffen haben und es leiten oder in der Leitung die Mehrheit bilden. Worauf es ankommt, ist: die sachliche



Kurt Hiller

Leistung wirtschaftlichen, sanitären und moralischen Beistandes. Bewiesen ist die Tatsache und die Größe dieser Leistung: die auch die Gegner, ja selbst der Staat anerkennen sollte! Denn selbst der Staat sollte für eine private Initiative dankbar sein, die verhindert, daß die sogar unter reaktionärem Gesichtswinkel unschuldigen Frauen und Kinder politischer Gefangener im Elend verkommen.

Wirbt die „Rote Hilfe“ durch ihr Werk für eine Partei, so ist damit nicht das Werk widerlegt, sondern die Haltung der Parteien, die es notwendig machten.

gez. Dr. Kurt Hiller.

Ignaz Wrobel: Ich halte die „Rote Hilfe“ für ein gutes und notwendiges Gegengewicht zur herrschenden Verwaltungspraxis, die unter der Form der „sogenannten Justiz“ radikal gesinnte Menschen unglücklich macht. Die Familien der Arbeiter, die den deutschen Richtern in die Hände gefallen sind, darben und darben doppelt, weil sie nicht nur des Ernährers, sondern in sehr vielen Fällen auch der öffentlichen Unterstützungsbeiträge beraubt sind. Hier greift die Rote Hilfe ein und sie tut das meines Wissens in vorbildlich überparteilicher Weise. Es sind zwar nicht alle Menschen vor dem Gesetz gleich, wohl aber vor der sozialen Hilfstätigkeit dieser Einrichtung, der ich als geisti-



Egon Erwin Kisch

ger Kämpfer, also als geduldeter Deutscher, alles Gute für die Zukunft wünsche.

gez. Ignaz Wrobel.

*

Egon Erwin Kisch: Wenn etwas fürchterlicher sein kann, als die Gefangennahme und Mißhandlung aller in sozialem Sinne revolutionär tätigen Politiker — wenn etwas fürchterlicher sein kann als dieses, so ist es die Verfolgung der Roten Hilfe Deutschlands, die als die einzige humanitäre Organisation endlich auch von den Köpfen aller Parteien anerkannt werden könnte.



Meta Kraus-Fessel

Vor etwa Monatsfrist erhielt ich, als ich unter primitiven Negervölkern der Sahara war, einen Brief des Berliner Polizeipräsidenten Zörgiebel, laut welchem ich mich durch die Unterzeichnung eines Werbeauftrages für die Kinderheime der Roten Hilfe gegen irgendwelche Strafvorschriften vergangen habe. Nur in der Annahme, daß ich mir dessen bisher nicht bewußt sei (ei, seit wann schützt Unkenntnis vor Strafe?) werde von der Einleitung eines Strafverfahrens einstweilen abgesehen.

Nein, mir war wirklich nicht bewußt gewesen, daß ich mich durch die Förderung eines Kinderheims strafbar machen könne, selbst wenn dessen Wände mit Bildern des feinfühligsten deutschen Malers Heinrich Vogeler-Worpswede geschmückt sind.

Und als ich von dem mir in so weite Ferne gesandten Brief des Berliner Polizeipräsidenten wieder auf sah, in die scheußliche Verwahrlosung der nordafrikanischen Behausung, begriff ich endlich, warum die französischen Kolonisatoren die Eingeborenen in diesem Zustande belassen: Ist es nicht besser, wenn Neger und Araber leprakrank, schmutzig, syphilitisch, augenleidend und bettelarm bleiben, als daß sie europäische Kultur annehmen und dann, gegebenenfalls den Aufruf zur Unterstützung eines Kinderheimes unterzeichnen, vielleicht sogar dessen bewußt, damit gegen die Bundesratsverordnung über Wohlfahrtspflege vom 15. Februar 1917, Reichsgesetzblatt Seite 143 verstoßen.

gez. Egon Erwin Kisch.

*

Meta Kraus-Fessel: Die Organisation der „Roten Hilfe“ ist ein Solidaritätswerk aus der „selbständigen Bewegung der ungeheuren Mehrzahl im Interesse der ungeheuren Mehrzahl“. Die Ausgebeuteten und Unterdrückten der ganzen Welt haben für die Opfer aus ihren Reihen diese Hilfs- und Abwehr-Organisation geschaffen, nach dem Grundsatz: „Einer für alle, alle für einen!“

Wer auf der Seite des leidenden und kämpfenden Proletariats steht, wer erkannt hat, daß das Proletariat als Klasse berufen ist, eine neue Welt anstelle der alten Welt kapitalistischer Ausbeutung, sanktionierten Raubes und Mordes aufzubauen, der erblickt in der Roten Hilfe ein bewundernswürdiges Kulturwerk, ein Stück des Fundamentes der neuen Welt. Meine Kräfte einzusetzen, erscheint mir nicht nur Pflicht, sondern auch beglückende Kampf- und Schaffensgemeinschaft.

gez. Meta Kraus-Fessel.



Ignaz Wrobel

*

Kampferinnen



1921 wurden im Leuna-Werk 46 Arbeiter ermordet.

ICH BIN ICH WAR ICH WE



Der Vorsitzende des R. H. D. Genosse Wilhelm Peck



Die deutsche Freidenker-Delegation bei der Exekutive der I. R. H. in Moskau. 1. Klara Zetkin, 2. Genosse Lepschinski.

Noch immer schmachten die bayrischen Räte-Republikaner von 1919 in den Kasematten Bayerns! 1. Alois Lindener, 2. Georg

...en aus dem Trüzz!



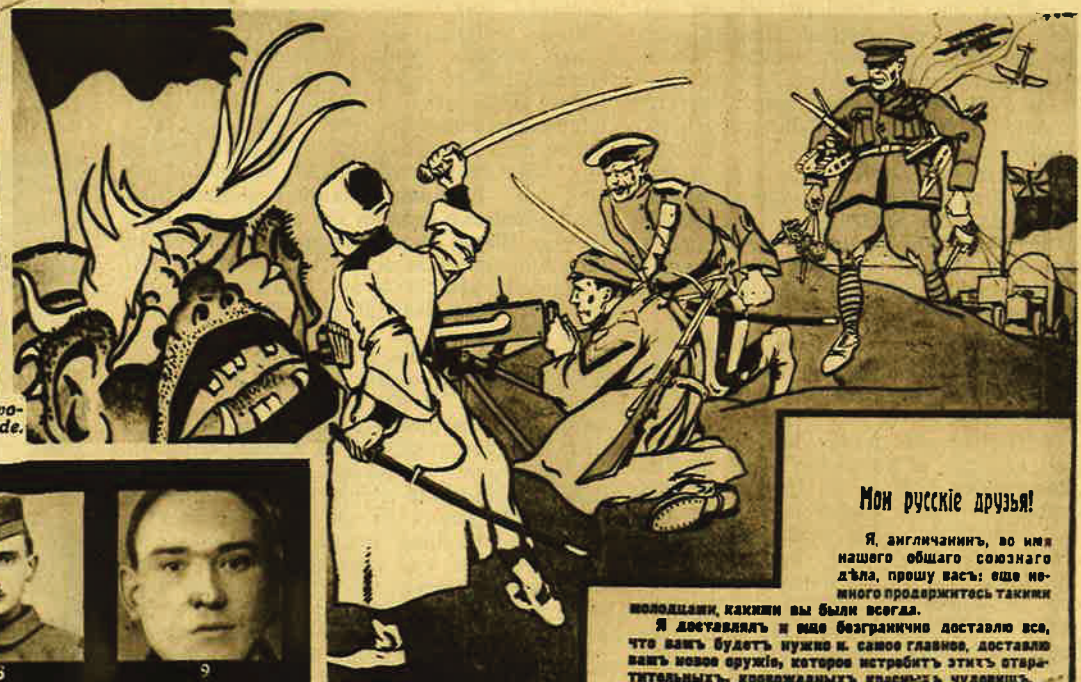
ERDE SEIN



Am 9. Jahrestag der Roten Armee wurde in Moskau im Museum der Roten Armee und Flotte eine Abteilung des Bürgerkrieges eröffnet. Unser Bild zeigt einen Blick in einen Saal dieser Abteilung. Links neben dem Leninkopf das Denkmal des roten Freischärlers aus dem Altay-Gebrtge.



spricht am Denkmal der Revolutionsoffer in Friedrichsfelde.



Мои русские друзья!

Я, англичанин, во имя нашего общего союзного дела, прошу вас: еще немного продержитесь такими молодцами, какими вы были всегда. Я доставлял и мне безгранично доставлю все, что вам будет нужно и самое главное, доставлю вам новое оружие, которое истребит этих старателных, кровавадных красных чудовищ.



Lerner, 3. Joh. Kick, 4. Gust. Streidl, 5. Wilh. Riethmeier, 6. Hans Steiner, 7. Rudolf Greiner, 8. Joh. Hannes, 9. Franz Sesselmeier.

Ein wieder zeitgemäßes Plakat der englischen Interventionisten an ihre gegenrevolutionären russischen Freunde. (Plakat aus dem Bürgerkriegsmuseum).

Die Rote Hilfe Englands!

Gegenwärtig vereinigt die Sektion 502 000 individuelle und kollektive Mitglieder. Die Organisation umfaßt 13 Komitees der wichtigeren Kreisstädte, 42 Ortskomitees und 300 Organisationen, die sich kollektiv mit allen ihren Mitgliedern der IRH. angeschlossen haben.

Die R.H. Englands unterstützt 200 Familien von Gefangenen. Es ist auch ein besonderer Hilfsfonds für diejenigen, die für reine Gewerkschaftsangelegenheiten verurteilt wurden, organisiert.

Die Hilfe der Bergarbeiter und die Bezahlung der Ausgaben für ihre Gerichtsverteidigung macht im Durchschnitt 5 Pfd. Sterl. auf jeden Angeklagten aus, miteingerechnet die Ausgaben für Einreichung der Appellationsklagen.

Den Familien der politisch Verhafteten wird wöchentlich 1½ Pfd. Sterl. + 5 Schilling für jedes Kind ausbezahlt. So hat im Verlauf von 3 Monaten die IRH., Sektion Großbritannien, 1500 Pfd. Sterl. für die Unterstützung der Familien der politisch Verhafteten und 1000 Pfd. Sterl. für die politischen Gefangenen verausgabt.

Von Mai bis Juli 1926 veranstaltete man Sammlungen für die IRH., deren Ergebnis 1488 Pfd. Sterl. betrug, trotzdem diese

Sammlung mit den Kollekten zum Nutzen der Bergleute parallel lief.

Regelmäßig versieht die IRH. die Arbeiterpresse mit Material über den weißen Terror und die Klassenjustiz. Sie hat ihr eigenes Organ „Der Gefangene“.

Trade-Unions — 17 örtliche Organisationen der Arbeiter-Partei und 4 Kooperativs kollektiv angeschlossen.

Wegen der Entlassung von 5 Kommunisten aus dem Gefängnis wurden von der Sektion in London eine große Demonstration organisiert. Der Londoner Rat der Trade-Union bereitete eine feierliche Ovation dem aus der Haft befreiten Sekretär der englischen IRH., dem Genossen Hennington, der wieder in den Rat gewählt wurde. Die Exekutive der IRH. bewillkommnete die Befreiten mit einem speziellen Telegramm.

Die Sektion führte für die politischen Gefangenen eine Medaille mit der Aufschrift ein: „Für den Dienst an der Arbeiterklasse während des allgemeinen Streiks.“

Die Sektion organisierte eine Protestkampagne gegen das Urteil an 8 Bergarbeitern, die zu 3 Jahren Gefängnis verurteilt wurden; man beschuldigte sie, den Versuch einer Katastrophe auf der Eisenbahn hervorzurufen, unternommen zu haben. Es gibt genaue Beweise, daß die ganze „Katastrophe“ Lockspitzelwerk war.

Der Führer der Bergleute, Cook, führte eine Reihe Meetings der englischen IRH. durch.



R.-h.-Laden des Bez.-Komitees Barror wurde von der R. H. Großbritanniens eröffnet.

In Hundersfind ist die Konferenz der IRH. mit Erfolg verlaufen. Den Organisationen der IRH. haben sich 36

Faschismus und I.R.h. in Italien

Von Roberto Flori.

Im gegenwärtigen Augenblick hat der faschistische Terror in Italien derartige Ausmaße angenommen, daß alle Faschisten der Welt sich an ihm ein Beispiel nehmen. In diesem, seinem eigentlichen Heimatlande, wendet der Faschismus den weißen Terror in besonderer Schärfe und größerem Umfange an. Morde, Verhaftungen, Martern aller Art, langjährige Gefängnisstrafen, Haussuchungen, Vernichtung und Brandlegung ganzer Häuser, Entzug der Rede- und Bewegungsfreiheit der oppositionellen Abgeordneten, die Internierung derselben auf entlegene, kaum bewohnte Meeresinseln — alle diese Maßnahmen sind ganz normal geworden im Kampfe der italienischen Regierung gegen die Arbeiterbewegung.

Wir wollen hier nur einige Ziffern anführen, die den Umfang des faschistischen Terrors in Italien deutlich hervortreten lassen.

Die Statistik des Jahres 1926 ergibt für die Zeit bis zum 1. November folgende Ziffern des weißen Terrors: 51 Ermordete, 468 Verwundete und Schwerverstümmelte, 18 663 Verhaftete, 11 186 Haussuchungen, 257 Zeitungsverbote und Konfiskationen, 143 zerstörte und 54 verbotene Organisationen. Im Laufe der gleichen 10 Monate gelangten 456 Prozesse zur gerichtlichen Verhandlung, wobei 1145 Angeklagte zu insgesamt 683 Jahren Zuchthaus verurteilt wurden. Am Ende des Jahres 1925 befanden sich in den Gefängnissen Italiens 10 445 politische Gefangene, zu Beginn des November 1926 betrug die Zahl der politischen Gefangenen über 8000.

Unter solchen Verhältnissen gewinnt die Tätigkeit der R.H. in Italien ganz besondere Bedeutung. Die italienische Sektion der IRH. ist gezwungen, ihre Tätigkeit illegal

auszuüben und tut das unter den schwersten Umständen. Trotz dieser ungeheuren Schwierigkeiten ist es der IRH. in Italien gelungen, eine relativ feste Massenorganisation zu schaffen, die unter der Arbeiterschaft Italiens größte Popularität genießt. Berücksichtigt man die Verhältnisse der Roten Hilfe-Arbeit in Italien und die Verfolgungen, denen die Rote Hilfe ausgesetzt ist, so muß man anerkennen, daß sie Erfolge von ganz außergewöhnlicher Bedeutung erzielt hat. Es kann behauptet werden, daß die italienische Sektion die einzige der IRH. ist, die illegal den Massentypus aufweist. Ihre Einnahmen setzen sich aus Mitgliedbeiträgen, hauptsächlich aus Sammlungen, zusammen. Ihre Hilfstätigkeit ist eine intensive. In den ersten 10 Monaten des Jahres 1926 wurden für materielle Hilfe 30 773 Dollar aufgebracht, wobei in 25 850 Fällen Gefangene und 36 100 Frauen und Kinder unterstützt wurden. Juristische Hilfe wurde in 7228 Fällen gewährt und hierauf 9019 Dollar verwandt. Außerdem hat sie ausgedehnte Kinderhilfe geleistet. Im Laufe des vorigen Sommers ist am Ufer des Meeres eine Kinderkolonie organisiert worden, in der 28 Kinder von ermordeten oder zu lebenslänglicher bzw. 20- bis 30jähriger Gefängnisstrafe verurteilter Revolutionäre Erholung fanden. Den Leitern dieser Kolonie gelang es, die Sympathie der umwohnenden Bauernschaft zu gewinnen.

Die breite Tätigkeit ist für die Faschisten und Behörden Anlaß zu dauernden Verfolgungen. Nur für die Verteilung von Flugblättern oder die Organisierung von Ortskomitees wurden langjährige Gefängnisstrafen verhängt. Verhaftungen erfolgten nur dafür, daß man bei einzelnen Arbeitern Mitgliedskarten fand. Die Wut, mit der die Faschisten die Rote Hilfe verfolgen, zeigt,

daß sie in Italien auf dem richtigen Wege ist und ihre Aufgaben im Sinne revolutionärer Solidarität verwirklicht. Die tiefe Sympathie der italienischen Arbeitermassen für die Ideen der Roten Hilfe ist das beste Unterpfand dafür, daß auch die schwersten Verfolgungen seitens der Faschisten die weitere Entwicklung der Roten Hilfe Italiens nicht aufhalten werden.



Beim Absenden eines Postpaketes an die politischen Gefangenen eines deutschen Gefängnisses von der R.H.-Zelle der Moskauer Fabrik „Kautschuk“.



Demonstration der Internationalen Arbeiterverteidigung Amerikas in New York gegen den Terror Horthys, für Freilassung der Opfer, an der Tausende von Arbeitern teilnahmen

Die Internationale Arbeiterverteidigung Amerikas

Die Zahl der Ortssektionen nähert sich gegenwärtig an 150 und umfaßt bis 100 000 Kollektivmitglieder. Besonders stark sind die New Yorker und Chicagoer Sektionen; die erstere hat 53 und letztere — 50 Abteilungen. Außerdem gehören zur amerikanischen Sektion eigenartige Kollektive, sogenannte Sektionen der Nationalsprachen, die auf der Basis der früher in der amerikanischen Arbeiterbewegung existierenden National-Föderationen aufgebaut sind. Die Aufgabe der genannten Sektionen ist — die Emigranten-Elemente, die im ganzen mehr als 13% der Bevölkerung der Vereinigten Staaten bilden, an die Arbeit der IRH. heranzuziehen. Von diesen Sektionen müssen die skandinavische, italienische, süd-slavische, polnische und litauische als sehr aktiv bezeichnet werden.

Im vergangenen Jahre führte die Internationale Arbeiterverteidigung eine Reihe

von Aktionen durch: nationale — (den Prozeß von Gitloff, Anita Whitney, Fords, Rutenberg), eine Kampagne im Zusammenhang mit Streiks in Zeigler und Passaik, eine Kampagne zur Verteidigung von Sacco und Vanzetti und eine in internationalen Angelegenheiten (Julius Mella, Rakosi, die polnische Amnestie). Für materielle und juristische Hilfe verausgabte die Sektion 25 000 Dollar. Der größte Teil dieser Summe kommt auf die Führung der Gerichtsprozesse. Was die materielle Hilfe anbetrifft, so muß erwähnt werden, daß über 100 politische Gefangenen, die sich in amerikanischen Gefängnissen befinden, je 5 Dollars monatliche Unterstützung erhalten.

In einer Resolution stellte die Konferenz der I. A. L. sich die Aufgabe, im nächsten Jahre 50 000 individuelle und 250 000 kollektive Mitglieder heranzuziehen und verkündet in einem Manifest an die ameri-

kanischen Arbeiter, daß „in Amerika, wie in den übrigen kapitalistischen Staaten der ganzen Welt, der Kampf gegen die Arbeiter und Bauern immer schärfer und grausamer wird. In Europa sind Tausende der tapfersten Arbeiter niedergemetzelt. Tausende anderer schmachten in Kerkern, wo sie sich den grausamsten Folterungen unterziehen. In manchen Fällen bilden ganze Staaten ein einziges Gefängnis für Bauern und Arbeiter.

In China, Südamerika, in den Kolonien und Halbkolonien des amerikanischen Imperialismus, wie Haiti, Kuba, die Philippinen und Havanna, flehen viele Gefangene des Kapitalismus um Hilfe in ihrem Kampf für die Freiheit. Wir müssen ihnen Hilfe erweisen und die größte Mühe anwenden, um sie aus den Händen der Henker zu reißen. Auf diese Weise werden wir sie für den bevorstehenden mächtigen Kampf für die Freiheit erhalten.“

Von der Arbeit der Schweizer Roten Hilfe.

Wohl die beste Aktion, die bisher durchgeführt wurde, war die Winterhilfe für die Gefängnisse Cottbus und Wronki. Breitesten Schichten wurden erfaßt und neben Sachwerten im runden Betrage von 2000 Franken wurden durch Sammel Listen, Beiträgen von Organisationen, Extrabeiträgen der Mitglieder und freiwilligen Beiträgen 8500 Franken zusammengebracht. Ueber die ideologische Auswirkung der Aktion ist an dieser Stelle bereits berichtet worden. Erfreulich ist vor allem der ständige Kontakt mit den politischen Gefangenen in Cottbus.

Nach Abschluß der Winterhilfe begann der Kampf gegen den italienischen Faschismus. Da wir in der Schweiz die Auswirkungen des Faschismus direkt selbst zu spüren bekommen, sind damit weitere Kreise zu erfassen und weisen die Demonstrationsversammlungen immer gute Besuche auf. Zur Verbreiterung der Arbeitsbasis ist ein zentrales antifaschistisches Komitee geschaffen worden, dem neben der Roten Hilfe, die Kommunistische Partei der Schweiz, der schweizerische Bau- und Holzarbeiterverband (durch Kongreßbeschuß), das Gewerkschaftskartell Basel und die lokalen Antifaschistenkomitees angehören.

Die Auflage des „Roten Helfers“ konnte nun auf 3000 erhöht werden und wenn die Sektionen mit ihren Anstrengungen fortfahren, wird bald noch eine Erhöhung möglich sein. Leider mangelt uns ein gleichwertiger Helfer in französischer und italienischer Sprache.

Neugegründet wurden die Sektionen Mendrisio, Oberwil, Augst und Samaden und an einigen andern Orten sind Vorarbeiten zu Neugründungen gelegt.

Leider haben unsere Sektionen denn Wert der genauen Berichterstattung immer noch nicht erfaßt. Es wird unregelmäßig berichtet. Von den 16 Sektionen, die immer berichten, wurden 1926 total 192 neue Einzelmitglieder gewonnen, und zwar 35 KP., 21 SP. und 136 Parteilose. An Kollektivmitgliedern zählen wir nun 31 Organisationen mit über 20 000 Mitgliedern. Der Jahresbeitrag beträgt 10—200 Fr. Wir legen aber vor allem Gewicht darauf, daß uns die kollektiv angeschlossenen Organisationen ideell unterstützen, was oft im schweren Kampfe gegen die Gegner (vor allem gegen die SP.) sehr von Nutzen ist.

Kürzlich beschäftigte sich fast die gesamte SP.- und KP.-Presse mit der Unter-

stützungspraxis. Die SP. warf uns vor, daß wir nur Kommunisten unterstützten, mußte dann aber auf Grund der Tatsachen in der gesamten Presse den erhobenen Vorwurf zurückziehen. So war ein Manöver, die Rote Hilfe zu diskreditieren und den zu schaffenden sozialdemokratischen Matteotti-Fonds zu bevorzugen, jämmerlich zusammengebrochen.

Rote Helfer in der Schweiz! Wir stecken immer noch in den Anfängen, gute Resultate wurden schon erzielt, aber noch gilt es, viel zu tun. Die Organisation ist weiter auf- und auszubauen. Dazu brauchen wir die Hilfe von Euch allen!

Rote Helfer, an die Front!

Internationale Rote Hilfe, Sektion Schweiz.

Einnahmen:		Ausgaben:	
Beiträge: Von Einzelmitgliedern	Fr. 9 077,75	Für internation. Hilfszwecke abgeliefert	Fr. 9 099,—
Von Organisationen	Fr. 2 271,65	Emigrantenunterstützung	Fr. 4 977,85
Freiwillige	Fr. 1 475,50	Rechtsschutz	Fr. 628,70
Ertrag von Sammlungen	Fr. 282,25	Aktionen (Polen, Sacco & Vanzetti usw.)	Fr. 865,—
„ „ Veranstaltungen	Fr. 1 016,55	Broschüren, Zeitung, Karten usw.	Fr. 1 238,05
Materialverkauf	Fr. 3 239,24	Agitation und Propaganda	Fr. 651,20
Diverse Einnahmen	Fr. 209,95	Büromaterial und Drucksachen	Fr. 574,70
Winterhilfe: Sammlungertrag	Fr. 4 790,93	Veranstaltungen	Fr. 308,60
Organisationsbeiträge	Fr. 1 828,50	Verwaltungskosten	Fr. 728,73
Extra-Marken	Fr. 473,50	RH.-Ausstellung	Fr. 465,90
Einzelbeiträge	Fr. 557,50	Landeskongreß	Fr. 526,50
		Diverse Ausgaben	Fr. 82,65
		Winterhilfe für Cottbus	Fr. 2 312,35
Total der Einnahmen	Fr. 25 222,32	Total der Ausgaben	Fr. 22 459,23

1924 betragen die Einnahmen Fr. 13 862,82, 1925 Fr. 20 940,04; 1924 betragen die Ausgaben Fr. 10 273,55, 1925 Fr. 20 309,95. Die Beiträge der Einzelmitglieder steigerten sich von Fr. 4 696,40 im Jahre 1925 auf Fr. 9 077,75 im Jahre 1926, wobei die Mitgliederbeiträge der beiden Regionalverbände Tessin und französischen Schweiz noch nicht einmal eingerechnet sind.

Die Rote Hilfe, eine überparteiliche Organisation

Eine Antwort an die II. Internationale

Von Jacob Schöber.

II.

Die Rote Hilfe war schon von Anfang an für die Feinde der Arbeiterschaft ein Stein des Anstoßes. Behörden und freiwillige Helfer fanden sich schnell zusammen, um die RH. an ihren Aufgaben zu hindern. Wie aber aus der schon aufgezeichneten Entwicklung der RHD. hervorgeht, haben die Verfolgungen und Verleumdungen ihren Zweck verfehlt. Es werden deshalb größere Anstrengungen gemacht. In den Broschüren „Anklage gegen Justiz und Polizei“ und „Polizeierror gegen Kind und

möglich sei, die keine Parteiinstitution ist und auch nicht aus einer offenen und bewußten Vereinbarung von politischen Parteien hervorgegangen ist. Bei der Ausbildung, die der politische Parteiapparat bei den sozialistischen und kommunistischen Parteien erreicht hat, muß jede Hilfsorganisation — soweit sie nicht rein philanthropisch ist — notwendigerweise einem Parteiapparat untergeordnet sein und eine gemeinsame Institution kommunistischer und sozialistischer Parteien, die also beiden untergeordnet ist, wäre nur auf dem Wege der offenen und ehrlichen Vereinbarung zwischen diesen Parteien möglich. Eine solche Vereinbarung hat nie bestanden, sie ist von den Kommunisten nie gesucht worden, und es widerspricht ihren Absichten und Interessen, eine Hilfsorganisation für politische Gefangene zu schaffen, die auf dem Boden proletarischer Demokratie aufgebaut ist.“

Als Beweis für diese Behauptung werden die Ausführungen der Genossen Lepschinski und Sinowjew auf der Roten Hilfe-Konferenz der Sowjet-Union in Moskau vom 15. bis 18. Mai 1925 herangezogen. Nach den von der „I. I.“ aus dem Zusammenhang herausgerissenen Zitaten haben die Genossen gesagt, daß „in verhältnismäßig kurzer Zeitspanne aus anfänglich kleinen Zirkeln unversehens die mächtige, weitverzweigte, einige Millionen Menschen umfassende Organisation der Roten Hilfe entstanden ist, die gegenwärtig einen Teil des praktischen Internationalismus, des praktischen Leninismus darstellt“. Es wird dann darauf hingewiesen, daß Sinowjew einen Vergleich zwischen dem „Roten Kreuz“, der Hilfsorganisation für politische Gefangene im zaristischen Rußland, und der jetzt bestehenden Roten Hilfe gezogen hat und dabei ausführte, daß das frühere „Rote Kreuz“ eine philanthropische Organisation war, die Internationale Rote Hilfe sei aber eine kommunistische Organisation, die sich zum Zweck setzt, den durch die Bourgeoisie verfolgten Arbeitern der ganzen Welt zu helfen, ferner, daß die Internationale Rote Hilfe keine philanthropische, keine gemeinnützige Organisation sei, sondern sich als ein Glied der internationalen proletarischen Bewegung betrachte.

Der Genosse Lepschinski hat nach den weiteren Zitaten der „I. I.“ gesagt, daß die Internationale Rote Hilfe der Sowjet-Union eine Massenorganisation ist, daß nur 12% der Mitglieder Kommunisten und 80% Parteilose sind. Der Artikel beschäftigt sich dann noch mit einigen Äußerungen der beiden Genossen über die bei dem Aufbau der Organisation in den kapitalistischen Ländern anzuwendende Taktik und kommt zum Schluß zu folgender Stellungnahme:

„Das Proletariat ist heute noch gespalten und solange diese Spaltung in Sozialisten und Kommunisten besteht, müssen wir zu allem Unglück, das diese Spaltung mit sich bringt, es auch ertragen, daß jeder dieser Parteien entsprechend ihrer Eigenart eine eigene Unterstützungsorganisation hat. Die Kommunisten bedienen sich der Roten Hilfe, die Sozialistische Arbeiter-Internationale wird alles tun, um den Matteotti-Fonds zu stärken.“

Die Spaltung der politischen Parteien des Proletariats ist eine Tatsache. Sie ist zurückzuführen auf die versumpfte reformistische Politik der Führer der II. Internationale, die 1914 auch nicht davor zurückschreckten, die Arbeiterschaft der Bourgeoisie als Kanonenfutter auszuliefern. Die klassenbewußte Arbeiterschaft mußte deshalb ihre eigenen Wege gehen, um die Interessen ihrer Klasse ohne Rücksicht auf die Bourgeoisie wahrnehmen zu können. Die Führer der Sozialdemokratischen Parteien, die während des imperialistischen Krieges mit der Bourgeoisie ihres Landes den Burgfrieden abschlossen, haben auch in der Nachkriegszeit versucht, die übrigen Arbeiterorganisationen zu spalten. Da sie die Entwicklung der Roten Hilfe zur überparteilichen Massenorganisation nicht verhindern konnten, versuchen sie auch hier die Spaltung zur Verhinderung einheitlicher proletarischer Solidarität, um die Widerstandskraft des Proletariats zu brechen. Die Arbeiterschaft wird sich zu diesem Manöver nicht mißbrauchen lassen. Die in der Kriegs- und Nachkriegszeit gemachten Erfahrungen waren doch zu eindringlich, als daß sie schon vergessen sein könnten. Jeder Arbeiter, der es etwas ernst mit den Aufgaben seiner Klasse nimmt, gehört deshalb auch in die einzige Solidaritätsorganisation des Proletariats, in die „Rote Hilfe“.

Es ist allgemein bekannt, daß die 1921 in Deutschland entstandene Rote Hilfe-Bewegung auf die Initiative der Kommunisten zurückzuführen ist. Wenn diese Tatsache als Beweis von der II. Internationale für ihre Behauptung, daß die Rote Hilfe eine kommunistische Parteiinstitution sei, dienen soll, dann erübrigt sich jedes weitere Wort darüber. Jeder Arbeiter weiß, was er davon zu halten hat.



Wüten des weißen Henkers in den Straßen Schanghai vor der Befehung durch die Kantontruppen.

Kunst“ ist soviel Material über das ungesetzliche Vorgehen gegen die Rote Hilfe enthalten, daß es sich hier erübrigt, darauf einzugehen. Die reaktionären Behörden und die spitzfindigen Verleumder der RH. erhalten bei ihrer Verfolgung Verstärkung aus der II. Internationale.

In der sozialdemokratischen Presse wird ein zwei Spalten langer Artikel: „Die Rote Hilfe — eine kommunistische Parteiinstitution“ aus der „Internationalen Information“ der II. Internationale (Sitz Zürich) nachgedruckt. Es ist ja nicht das erste Mal, daß sich die sozialdemokratischen Zeitungen des In- und Auslandes gegen die Rote Hilfe wenden. In der Regel handelte es sich aber um kleine Meldungen lokalen Charakters, wobei versucht wurde, die RH. in den Augen der Arbeiterschaft und vor allem der sozialdemokratischen Mitglieder herabzusetzen. Der Erfolg scheint selbst den meisten sozialdemokratischen Redakteuren zu gering gewesen zu sein. Sie drucken daher mit Behagen den Artikel der „I. I.“ nach, in der Annahme, die sozialdemokratischen Mitglieder dadurch von den Aufgaben der proletarischen Solidarität abhalten zu können.

Was hat die II. Internationale zur Roten Hilfe zu sagen? In den 227 Zeilen (die Rote Hilfe ist demnach als sehr bedeutungsvoll erkannt) langen Artikel wird gesagt:

„Die Rote Hilfe wurde als kommunistische Parteiinstitution gegründet und sie ist es selbstverständlich auch heute. Jetzt wird in den verschiedenen Ländern verkündet: „Die Rote Hilfe soll keine Parteiinstitution sein, die Erregung, die das internationale Proletariat gegen den Faschismus erfüllt, soll zur Schaffung einer Massenorganisation benutzt werden. Künstlern, Professoren und anderen politisch weniger orientierten Leuten können die Kommunisten versuchen, einzureden, daß heute eine politische Organisation

Die Rote Hilfe beschränkte sich in jener Zeit auf Sammlung und Verteilung der eingegangenen Beträge unter den bedürftigen Opfern der Märzkämpfe. Eine Mitgliederorganisation bestand noch nicht. Diese wurde erst am 1. Oktober 1924 gegründet und seit dieser Zeit stellt sich die RH. politische Aufgaben. Die reine Hilfstätigkeit der ehemaligen Rote Hilfe-Bewegung wurde bei der Bildung der Mitglieder-Organisation (1. Oktober 1924) durch politische Aufgaben: Organisierter Kampf für die Generalamnestie, gegen bürgerliche Klassenjustiz, gegen internationalen weißen Terror, gegen den barbarischen Strafvollzug usw. ergänzt. Seit dieser Zeit versucht die RHD, ihren Einfluß auf die breitesten Massen auszudehnen, weil nur durch diese ein erfolgversprechender Druck zu Gunsten der revolutionären Gefangenen und ihrer Angehörigen auf die zuständigen Stellen ausgeübt werden kann. Daß die Rote Hilfe als proletarische Organisation sich dabei nicht national beschränkt, sondern allen Unterdrückten und Verfolgten in der kapitalistischen Welt Hilfe bringt, ist selbstverständlich. Die RH. begrüßt auch im Gegensatz zu den Organen der II. Internationale jede Unterstützung dieses Kampfes durch andere Organisationen und Einzelpersonen.

In dem Artikel der „I. I.“ wird auch behauptet, daß „bei der Ausbildung, die der politische Parteiapparat bei den sozialdemokratischen und kommunistischen Führern erreicht hat“, jede Hilfsorganisation einem Parteiapparat untergeordnet sein muß. Diese Auffassung ist falsch und es erscheint sehr fraglich, ob der Artikelschreiber selbst an diese Darstellung glaubt. Die Rote Hilfe ist ebensowenig einem „Parteiapparat untergeordnet“ wie die Gewerkschaften und Genossenschaften. Die heutige Rote Hilfe hat dieselbe organisatorische Selbständigkeit wie die übrigen Arbeiterorganisationen. Anders verhält es sich, wenn man den politischen Charakter, den Inhalt dieser Organisationen betrachtet. Gewerkschaften und Genossenschaften haben zum größten Teil schon lange den Klassenkampfstandpunkt verlassen, während die RH. sich bewußt, voll und ganz in den Dienst des revolutionären Proletariats stellt.

Die Notwendigkeit einer überparteilichen Roten Hilfe kann auch von der „I. I.“ nicht bestritten werden. Es wird sogar betont, daß sie möglich wäre, „auf dem Wege der offenen und ehrlichen Vereinbarung“ zwischen Kommunisten und Sozialdemokraten. Daß diese einheitliche Rote Hilfe nicht zustande kam, ist nach den Ausführungen der „I. I.“ die Schuld der Kommunisten, die eine Vereinbarung nie gewünscht und „nie gesucht“ haben. Die Rote Hilfe wirbt seit ihrer Gründung Mitglieder in allen Kreisen der Arbeiterschaft, sozialdemokratische Mitglieder der RH. haben nicht nur dieselben Rechte wie die Kommunisten, im Gegenteil, bei der Heranbildung von Funktionären werden die sozialdemokratischen Mitglieder bevorzugt. Darüber hinaus wurde schon im Jahre 1921 versucht, die leitenden Organe der RH. aus Vertretern aller Arbeiter-Organisationen zusammenzusetzen.

In einem Schreiben des damaligen Zentralkomitees der Roten Hilfe vom 28. November 1921 an den ADGB, an die SPD und USPD heißt es:

... Die Rote Hilfe erstreckt sich über das ganze Reich und besteht aus 6 Gaukomitees. Im Interesse der revolutionären Bewegung wäre es, wenn in dieser Organisation alle Teile der Arbeiterschaft vertreten wären. Wir gestatten uns die Anfrage, ob Sie grundsätzlich bereit sind, Vertreter in die Organe der Roten Hilfe zu delegieren. Sollte diese Frage bejaht werden, so werden wir noch Zeit und Stunde festsetzen, wann eine diesbezügliche Besprechung stattfinden könnte, in welcher das Zentralkomitee der Roten Hilfe einen Bericht über den Aufbau, sowie über die bisherige Tätigkeit geben würde. Wir erklären uns bereit, jetzt schon legitimierten Vertretern Ihrer Organisation die gewünschte Auskunft und Einsicht in unsere Bücher zu geben.“

ADGB. und SPD. hielten es nicht für nötig, zu antworten. Die USPD hatte anfangs die Absicht, sich durch ihr Mitglied Lud-

wig vertreten zu lassen. Im Monat März 1922 teilte sie aber mit, daß sie „auf die zentrale Teilnahme an der Roten Hilfe verzichtet“. Die USPD. bereitete sich schon damals auf die Verschmelzung mit der SPD. vor und wollte ihre Freundschaft durch die Beteiligung an der Roten Hilfe nicht gefährden.

Seltens der Roten Hilfe sind also alle Schritte unternommen worden, um die Ueberparteilichkeit der Roten Hilfe von Anfang an zu sichern. Die verantwortlichen Instanzen der SPD. und USPD. und Gewerkschaften lehnten ihre Beteiligung ab. Es blieb der Roten Hilfe weiter nichts übrig, als ihren Weg allein zu überwinden. Aber seit der Gründung der überparteilichen Massenorganisation im Oktober 1924 geht es ununterbrochen vorwärts.

Die Ausführungen der Genossen Lepschinski und Sinowjew können ebensowenig für die parteipolitische Bindung der RHD. herangezogen werden. Daß in der Millionen umfassenden Organisation der Roten Hilfe der Sowjet-Union die Kommunisten die Führung haben, ist nur ein Beweis dafür, daß die Massen der Werktätigen in Sowjetrußland Vertrauen zu den Kommunisten haben.

Von dem „Einheitsfrontschwindelei“ und der „kommunistischen Mache“ bleiben nur folgende Tatsachen übrig:

1. Die Rote Hilfe ist überparteilich. Parteipolitische Bindungen werden von keinem Mitglied der RH. verlangt. Niemand ist ausgeschlossen, der das Programm der RH. anerkennt und für die politischen Gefangenen arbeiten will.

2. Die Rote Hilfe unterstützt nicht nur kommunistische Gefangene, sondern proletarische politische Gefangene überhaupt, Sozialdemokraten so gut wie Parteiloze, christliche Arbeiter ebenso wie Demokraten und Republikaner.

3. Die Rote Hilfe führt planmäßig und in umfassender Weise mit Unterstützung der gesamten Arbeiterschaft den Kampf gegen die Klassenjustiz und gegen den weißen Terror.

Es wäre die Aufgabe der Sozialdemokratie, solchen Kampf energisch zu unterstützen. Die sozialdemokratische Führerschaft will jedoch solchen Kampf nicht. Um über diese Tatsache ihre eigenen Anhänger hinwegzutäuschen und um den planmäßigen Kampf gegen die Klassenjustiz zu erschweren, darum die elende Hetze gegen die RH. Das Geschrei der sozialdemokratischen Führer über kommunistische Mache ist in Wirklichkeit eine Selbstmaskierung ihrer verräterischen Politik.

Die II. Internationale verneint die Möglichkeit einer einheitlichen Unterstützungsorganisation, weil das Proletariat in Sozialdemokraten und Kommunisten gespalten ist. Das Proletariat ist aber nicht nur in Sozialdemokraten und Kommunisten gespalten. Große Teile der Arbeiterschaft gehören noch zu den Christen und Bürgerlichen. So groß aber auch die Meinungsverschiedenheiten unter der Arbeiterschaft sein mögen, bei der Frage der Hilfeleistung für die politischen Gefangenen in den kapitalistischen Ländern kann es nur eine Meinung geben: „Rote Hilfe!“ Rote Hilfe deswegen, weil es nicht nur darum geht, den Klassenkämpfern zu helfen, sondern sich auch mit dem politischen Willen der Eingekerkerten und Erschlagenen zu identifizieren. Die Werktätigen, die sich in der Roten Hilfe zusammenfinden, werden immer wieder die Feststellung machen können, daß die sozialdemokratischen Führer die erbittertesten Feinde der RHD. sind, die sich am engsten mit der Bourgeoisie verbunden haben.

Wer sollte auch erwarten, daß D'Arragona bereit ist, mit uns gegen den Faschismus zu kämpfen!

Wer sollte erwarten, daß Hörsing bereit ist, mit der Roten Hilfe gemeinsam für die Hinterbliebenen aus den Märzkämpfen 1921 zu sorgen.

Wer sollte erwarten, daß die für die blutige Niedermetzelung der bayerischen Räterepublikaner 1919, für die Ausnahmegerichte 1921, für die Niederschlagung der revolutionären Arbeiterschaft 1923 mitverantwortlichen sozialdemokratischen Führer der Arbeit der RH. Sympathie entgegen bringen?

An der Roten Hilfe werden sich nur die beteiligen, die den Befreiungskampf des Proletariats wollen, und die bei den entscheidenden Kämpfen nicht auf Seiten der Bourgeoisie stehen.



Eine R.-H.-Demonstration in Peking (China)

Organisationsbericht für den Monat Dezember 1926

Bezirke	Die Ortsgruppen umfassen Arbeitsgruppen u. Zellen in:				Registrierte Einzelmitglieder			Kollektiv-Mitgliedschaften		Parteizugehörigkeit der Einzelmitglieder				Funktionäre sind vorhanden in:				Übersicht über Versammlungstätigkeit												
	Ortsgruppen	Betriebe	Gewerkschaften	Vereinen	Wohnbezirke	Männer	Frauen	Zusammen	Kollektiv	Anhänger der Kollektivmitglieder	Mitglieder insgesamt	K P D	S P D	Bürgerliche	Parteilos	Betriebe	Gewerkschaft	Vereinen	Wohnbezirke	insgesamt	Bezirksvorstand	Bezirksausschuß	Ortsvorstand	Funktionäre	Mitglieder	Kollektivsch.	Öffentliche	Kunst-Filmabd.	Kundengungen	Demonstration
Berlin-Brandenburg	111	72	7	27	192	20 850	9 315	30 165	43	44 708	74 873	11 986	184	99	17 896	223	18	70	1088	1399	70	101	79	11	14	15				
Pommern	33	5	3	5	45	1 772	250	2 022	8	3 810	5 832	1 244	9	4	765	10	5	9	145	169	10	5	11	14						
Königsberg (Ostpr.)	42	18	12	5	42	3 236	875	4 111	18	3 853	7 964	1 944	21	8	2 138	18	32	8	108	166	44	14	20	2						
Danzig	20	2	2	79	823	209	1 032	2	190	1 222	695	6			331	2	2	79	81	3		3	1	1						
Oberschlesien	19	6		21	768	135	903	5	392	1 295	456	14	1	432	13	5	3	54	75			5	3	1						
Schlesien	65	20	2	1	70	3 669	953	4 622	3	3 112	7 734	1 913	88	3	2 618	30	4	1	150	185	14	12	8	14						
Ostsachsen	91	28	7	91	3 818	640	4 458	7	3 205	7 663	3 092	54	12	1 300	43	12	31	167	253	8	19	14	1	2						
Erzgebirge-Voxtl.	164	22		3	164	10 792	2 256	13 048	17	2 673	15 721	8 704	135	38	4 171	48	18	33	647	746	52	46	31	7	2					
Westachsen	73	97		1	129	6 668	1 474	8 142	8	904	9 046	6 017	65	7	2 053	83	11	9	318	421	20	28	11	7						
Halle-Merseburg	111				111	7 833	1 636	9 469	58	5 186	14 655	5 638	91	27	3 713	65	59	92	136	352	62	52	38	3						
Magdeburg	40	2	1	5	210	2 740	835	3 585	4	1 251	4 836	1 679	50	37	1 819	2	1	5	210	218	18	20	11	3	7					
Thüringen	92	9	3	92	5 400	1 043	6 443	89	13 323	19 766	4 200	66	45	2 132	124	43	30	240	437	19	13	15	3	6						
Niedersachsen	60	4		86	2 297	774	3 071	6	3 081	6 152	1 816	145	41	1 069	26	17	20	127	190	31		17	9							
Mecklenburg	37	1	4	37	1 601	445	2 046	7	590	2 686	1 580	30	2	434	2	1	10	92	105	11	5	7								
Wasserkante	70	24		97	11 285	2 042	13 327	7	7 889	21 216	11 006	134	5	2 182	26	7	7	575	608	31	44	22	1	2	3					
Nordwest	26	7	5	2	40		2 857	4	275	3 132	1 950	42			865	15	9	12	104	140	15	8	4	1						
Ruhrgebiet	98	10	5	7	412	11 535	2 748	14 283	20	20 521	34 804	6 558	187	67	7 471	35	14	13	653	715	38	58	70	11	13					
Niederrhein	90	17	3	14	207	11 749	1 298	13 047	34	4 228	17 275	3 765	71	8	9 203	22	17	19	562	620	39	48	34	13	1					
Mittelrhein	77	24		1	175	5 935	1 322	7 257	4	5 274	12 331	2 995	92	74	4 096	38	1	2	419	460	23	36	19	11	4					
Hessen-Waldeck	9			21	433	118	551			551	266	16	1	268				27	27	7										
Hessen-Frankfurt	81			94	2 677	330	4 059	17	2 055	6 114	2 440	47	19	1 553	2	1	17	94	114	3	4	8	3							
Rhein-Saar																														
Baden	133	16	1	9	222	5 902	828	6 730	18	2 544	9 274	3 756	222	142	2 610	18		10	226	254	23	16	19	4	5					
Württemberg	50	3		62	2 710	293	3 003	20	10 971	13 974	2 150	25	5	823	51	26	17	201	295	7	17	4								
Nordbavarn	79		10	120	2 561	305	2 866	10	982	3 848	1 147	145			1 574	16	6	10	235	267	47	2	50	4	2					
Südbavarn	35	20	2	13	60	2 817	622	3 439	7	2 228	5 667	1 582	104		1 753	25	2	3	85	115	36	37	35	3						
Summa:	1706	405	43	117	2879	129 881	30 746	164 536	417	343 245	507 781	88 579	2043	645	73 269	935	304	431	6742	8412	631	590	535	19	118	60				

Einnahmen und Leistungen der RHD. im Dezember 1926

Bezirke	Einnahmen der RHD. im Monat Dezember 1926									Leistungen der RHD. im Monat Dezember 1926									
	Eintrittsgelder	Beitragsmarken	Kollektivbeiträge	Sammellisten	Sonstige Sammlungen	Gehalts-Verlags-Abführungen	Literaturverkauf	Zeitung	Summe der Einnahmen	Familien-Geldengenerierung	Nolstands-Unterstützung	Rechtsschutz	Entlassungsgelder	Propaganda	Für Literatur und Zeitungen	Summe der Leistungen	Abführungen f. Rechtsschutz usw.	Zuschüsse vom Zentral-Vorstand	
Berlin-Brandenburg	128.40	8 305.70	275.60	25 899.—	10 378.88	1 103.25	430.55	1 387.88	47 909.26	5 732.42	200.—	205.—	341.10		6 478.52	25 000.—			
Pommern	19.10	746.90	28.95	2 816.54	86.94	124.—	131.64	123.89	4 077.96	1 722.58	6.—		224.62	70.—	2 023.20				
Ostpreußen	2.40	43.20			214.21	19.68	1.48		280.97				109.52		109.52	103.53			
Danzig	4.50	175.40	7.—		794.16		46.90	67.92	1 115.88	449.08	7.—	10.—	9.—		525.08	250.—			
Oberschlesien	16.50	660.90		812.63	1 423.70	88.—	58.87	134.68	3 195.28	478.34	20.—		86.85	420.60	1 005.79	930.—			
Schlesien	10.10	1 235.70	8.—	2 630.77	560.39	252.70	84.99	57.70	4 840.35	776.50	112.—		142.40		1 030.90	2 500.—			
Ostsachsen	28.60	3 404.40	82.30	7 307.27	1 075.95	951.90	157.95	147.30	13 155.76	1 644.80	59.50	175.—	138.42	49.45	2 067.17	5 393.—			
Erzgebirge-Voxtl.	33.40	2 623.40	18.—		3 225.97	80.25	102.50	190.95	6 274.41	914.10	95.—	250.—	44.41	505.—	1 808.51	1 301.—			
Westachsen	5.40	1 468.90	238.85	2 797.20	1 807.39	325.—	25.—	159.—	6 826.74	2 458.76	15.—	25.—	126.80	1.—	2 626.56	3 096.50			
Halle-Merseburg	34.70	721.20	21.—	1 805.35	1 333.23	180.50	195.95	105.95	4 397.88	875.90			309.—		1 184.90	2 000.—			
Magdeburg	5.20	1 279.60	303.70	3 841.41	2 672.61	718.40	46.90	114.60	8 982.42	1 699.40	45.—		152.62	15.13	1 912.15	3 802.—			
Thüringen	5.80	495.85	5.—	2 544.25	201.99	197.30	92.45	104.80	3 647.44	881.95		50.—	57.—		988.95	1 500.—			
Niedersachsen	269.—		16.—	748.75	80.42		23.30	10.96	1 148.43	615.—	95.—		5.60	8.50	724.10	50.—			
Mecklenburg	19.60	3 066.50	8.—	6 290.81	2 941.59	1 321.65	99.65	231.52	13 979.32	2 967.39	24.—	285.—	153.10		3 429.29	9 026.60			
Wasserkante	3.90	689.60	28.75	1 117.05	118.40	77.50	6.50	48.60	2 090.30	405.—	60.—		32.—		497.—	1 000.—			
Nordwest	52.20	2 887.90	332.50		6 400.15	739.75	237.70	466.41	11 116.61	4 862.67	3.60	300.—	300.08	412.75	5 879.10	3 743.—			
Ruhrgebiet	42.80	3 304.90	199.75	4 154.80	1 921.75	749.50	115.10	252.80	10 741.40	3 022.70	145.—	225.—	84.30	1 500.—	4 977.—	3 000.—			
Niederrhein	29.10	1 942.—	70.—	3 000.73	2 038.82	345.15	124.85	261.10	7 811.75	992.83	155.—	100.—	256.25	87.44	1 591.52	3 250.—			
Mittelrhein	1.40	50.90	13.—	141.80	41.85	13.—	3.20	7.70	272.85	80.—					80.—		50.—		
Hessen-Waldeck	20.55	871.10	71.50	1 498.27	727.37	192.50	56.85	136.25	3 574.39	802.50	159.—	50.—	37.75		1 049.25	1 883.—			
Hessen-Frankfurt	11.80	1 861.—	25.50	1 888.72	743.99	232.50	51.48	270.30	5 085.29	3 434.—	59.—	522.50	89.50	16.70	4 121.50	30.—	300.—		
Baden	3.—	840.—	159.40	2 713.20	866.93	199.35	66.65	100.80	4 949.33	1 606.94	133.35		64.05	16.20	1 820.54	300.—	150.—		
Württemberg	2.40	573.65	5.—		917.03		18.95	72.45	1 589.48	230.—		60.—	2.—		292.—	1 087.—			
Nordbavarn	7.70	610.40	20.—	724.05	990.30	406.—	56.60	41.45	2 856.50	2 079.11	107.—		130.30		2 316.41		500.—		
Südbavarn																			
Zentralvorst.d.RHD.						1 400.—			11 353.40	871.85			50.—	5 118.20	37.59	6 077.64			
Summa:	488.55	38 128.10	1 937.80	72 732.60	41 563.96	9 737.88	2 236.01	4 495.10	181 273.40	39 603.62	1 500.45	2 307.50	8 014.87	3 190.36	54 616.80	69 245.63	1 000.—		

Zu den Leistungen kommen noch M 23 079.98 für Rechtsschutz und M 7 951.50 für Kinderheime, die vom Zentralvorstand getragen werden.
Kassenbestand in den Bezirken und im Zentralsekretariat insgesamt M 89 690.21

Von unserer Rote-Hilfe Korrespondenten

Januar und Februar 1927.

Berlin-Brandenburg. Bei Beginn des Jürgensprozesses führte die Berliner Arbeiterschaft zwei gewaltige Demonstrationen durch, in denen die Forderungen gestellt wurden: „Hinweg mit der Jürgens-Justiz“ und „Freilassung aller proletarischen, politischen Gefangenen. Die Faschisten-Ueberfälle auf Arbeiter haben in letzter Zeit wieder stark zugenommen. Am 16. Februar wurde der Ortsvorsitzende des Roten Frontkämpfer-Bundes Franz Szablewski aus Falkensee bei Spandau von dem Stahlhelmmittglied Otto Friede, ohne den geringsten Wortwechsel durch vier Revolver-schüsse lebensgefährlich verletzt.

Im Januar fand eine Sammlung für das Revolutions-Denkmal auf dem Friedhof in Friedrichsfelde statt. Außerdem wurde im Januar die Hoelz-Kampagne eingeleitet; es wurden in Berlin 24 und in der Provinz 31 öffentliche Max Hoelz-Versammlungen, die zum größten Teil mit einer Demonstration verbunden waren, veranstaltet. In 9 Versammlungen der Provinz sprach die Genossin Traute Hoelz. Das Ergebnis dieser 9 Versammlungen war, 257 Neuaufnahmen, für 417,45 M. Literaturverkauf und 522,06 M. Tellersammlungen. Die Kampagne wird fortgeführt. Die größten Erfolge bei der Sammlung auf Listen haben die Rote Hilfe-Betriebsgruppen, die ihre Sammelisten im Betriebe zirkulieren ließen.

Danzig. Hier in Danzig fängt man an, Die Rote Hilfe als eine Bruderpartei der K.P.D. zu bezeichnen. Ganz besonders ist es der Pole, der uns alle Möglichkeit rauben will, die R.H. an die Öffentlichkeit kommen zu lassen. Man versucht überall, uns die Säle zu entziehen, um keine Versammlungen und Kundgebungen stattfinden zu lassen. So wurde das Werftspeisehaus, das uns immer zur Verfügung stand, mit der Begründung entzogen, daß, wenn die Direktion weiter den Saal an die Rote Hilfe gibt, Polen seine Aufträge von der Danziger Werft zurückziehen werde. Auch in den Ortsgruppen, die an Polen grenzen, werden Säle zuerst zugesagt, in letzter Minute entzogen. Trotz all dieser Hindernisse muß es jetzt unsere Aufgabe sein, aktiver zu arbeiten. Die öffentlichen Hoelzkundgebungen und Versammlungen wurden von der Bevölkerung gut aufgenommen, in denen Resolutionen für die Freilassung von Max Hoelz und allen politischen Gefangenen gefordert wurde. Auf Grund dieser Versammlungen haben wir 2 Ortsgruppen aufbauen können und unsere Mitgliederzahl um 90 erhöhen können. Auch die Leserzahl des Roten Helfers ist im Steigen begriffen, so daß wir in 2 Monate 100 Prozent mehr Leser zu verzeichnen haben. Unsere nächsten Aufgaben sind, das Land für die Rote Hilfe zu gewinnen.

Schlesien. Die schlesische Organisation stand in den verfloßenen 4 bis 5 Wochen unter dem Zeichen der Kampagne: „Was wird mit Max Hoelz?“ In den größeren 21 Ortsgruppen wurden zum Teil sehr gut besuchte Versammlungen abgehalten und konnte beobachtet werden, daß dort, wo derartige Versammlungen gut vorbereitet waren, die Zuhörer sich nicht nur sehr lebhaft, für den Revolutionär Max Hoelz interessierten, sondern auch für unsere sonstigen Aufgaben. So konnten einige dieser Versammlungen organisatorisch gut ausgewertet werden. In Görlitz z. B. wurden bei einer Besucherzahl von ungefähr 300 Personen über 30 Neuaufnahmen gemacht. Es zeigt sich, daß nicht allein Versammlungen nur durch Anschläge oder Handzettel bekannt gemacht werden dürfen, sondern überall muß mit den Arbeitskollegen vorher über derartige Veranstaltungen gesprochen werden. Von großem Vorteil ist es, bekannte und befreundete Organisationen für die Veranstaltungen heranzuziehen. Wo z. B. der R.F.B. besteht, wirkt es agitatorisch sehr gut, wenn vor der Versammlung eine Demonstration stattfindet. Vor allem aber wird die beste Arbeit dort geleistet, wo ein zuverlässiger Funktionärkörper besteht. Der Bezirk Breslau Nord, dessen Leiter Mitglied der SPD. ist, hat, seitdem ein tüchtiger Funktionärstamm vorhanden ist, von Woche zu Woche eine offensichtliche Steigerung zu verzeichnen, so daß dieser Bezirk heute schon 550 Mitglieder zählt und sehr pünktlich abrechnet.

Zu einem der besten Werbemittel scheint sich der **Lichtbilder-Vortrag** zu entwickeln. In Breslau konnte ein solcher Vortrag, trotzdem an diesem Tage eine Veranstaltung der K.P.D. im selben Stadtteil stattfand, die von ca. 4500 Personen besucht war, vor 400 Zuhörern gehalten werden. In Liegnitz, wo sonst Versammlungen von 500 Besuchern schon zu den guten und besten zählen, waren es über 900 Arbeiter, die diesem Vortrag Interesse entgegen brachten. Die meisten Ortsgruppen fürchten noch, den Lichtbilder-Vortrag abzuhalten wegen eines Defizits, dies ist ein Fehler, denn Kosten verursacht auch eine Versammlung. Wenn die Eintrittspreise sehr niedrig sind, die Karten vorher durch die Mitglieder verkauft werden, kann der Erfolg nicht ausbleiben. Die Praxis zeigte, daß der Vorverkauf der Eintrittskarten wesentlich ist. Darüber hinaus kommen Karten im Vorverkauf an Leute, die auf die Aufforderung durch Plakate oder Handzettel nicht zu uns kommen. Gerade durch die Diskussion, die beim Verkauf der Karten sich entspinnt, gewinnen wir, da ja so viele von der Roten Hilfe überhaupt noch nichts wissen.

Westsachsen. Die Durchführung der Hoelz-Kampagne nahm alle Kräfte in Anspruch. Am 16. Januar fanden in Leipzig vier öffentliche Protestversammlungen mit anschließender Demonstration statt. 5000 Männer und Frauen waren dem Rufe der Roten Hilfe gefolgt. Auch die Landgruppen setzten in erfreulicher Weise, wenn auch erst am Schlusse des Monats, mit ihren Protestversammlungen ein. Um allen Gruppen die Gelegenheit zur erfolgreichen Durchführung einer Protestversammlung zu geben, hat der Bezirksvorstand die Verlängerung der Kampagne bis zum 15. Februar beschlossen. Im ganzen fanden 13 öffentliche Versammlungen und Demonstrationen statt. Rund 6000 Werktätige wurden im Kampf um das Wiederaufnahmeverfahren für Max Hoelz und die Amnestie für die politischen Gefangenen mobilisiert. Es gelang bei dieser Gelegenheit, Literatur und Hoelzmarken in angemessener Weise umzusetzen.

Neben der Hölzkampagne war eine rege Mitgliederversammlungstätigkeit zu beobachten. Gute Dienste leistete der in unserem Besitze befindliche Moprfilm, der in einer gut besuchten Werbeveranstaltung lief. Wir konnten feststellen, daß die Werbeveranstaltungen in Verbindung mit Film oder Lichtbild immer einen Erfolg für die Rote Hilfe darstellen. Wünschenswert ist es, wenn der Moprfilm eine Neuaufnahme erfährt, wo vor allem auch das Worpweder Kinderheim Berücksichtigung findet.

Magdeburg-Anhalt. Durch Rundschreiben des Bezirksleiters wurden die Ortsgruppen zur Weiterführung der Hoelzkampagne aufgerufen. Leider war es nicht möglich, außer Mitgliederversammlungen größere Veranstaltungen zu treffen, da uns die Vorarbeiten zum mitteldeutschen Treffen sehr daran gehindert haben. Die Mitgliederversammlungen haben in fast allen Ortsgruppen stattgefunden. Soweit es möglich war, haben die Ortsgruppen Hoelzmarken, Broschüren und Rote Helfer umgesetzt.

Die rege Propaganda der Arbeitsgebiete machte die weitere Gründung von 2 neuen Ortsgruppen möglich und trug dazu bei, die Landbevölkerung mehr wie bisher für die Rote Hilfe zu interessieren. Die Gewinnung neuer Mitglieder ist sehr schwer, wenn es sich um sozialdemokratische Arbeiter handelt. Die sozialdemokratischen und Reichsbanner-Führer verstehen es immer noch, ihnen nachfolgende Arbeiter von der Roten Hilfe fernzuhalten. Doch unsere zähe Arbeit wird auch hier zum Erfolg führen.

Der Arbeiterschaft von **Halberstadt** wurde anlässlich der Verurteilung zweier Halberstädter Arbeiter zu 4½ Jahren Zuchthaus wegen angeblichen Hochverrats durch eine gute Demonstration das wahre Gesicht der deutschen Klassenjustiz gezeigt.

In **Burg** fand ein Landfriedensbruch-Prozeß gegen 8 Reichsbanner und 2 parteilose Arbeiter statt. Der Landfriedensbruch soll während des Volksentscheids gegen die ausgerückten Fürsten begangen worden sein. Wegen Erkrankung des Vorsitzenden dieses Gerichts wurde der Prozeß vertagt. Auch hier protestierte die Arbeiterschaft in einer gut besuchten Versammlung gegen das Wüten der weißen Justiz.

Niedersachsen. Noch immer können sich unsere Funktionäre in den verschiedensten Ortsgruppen nicht dazu entschließen, bei Kampagnen oder sonstigen Gelegenheiten an die Öffentlichkeit zu gehen. Ein Mangel, welcher unbedingt in allernächster Zeit beseitigt werden muß. Diese Funktionäre sollten sich an denen ein Beispiel nehmen, die ständig, wenn es nötig ist, dem Rufe des Bez.-Vorst. Folge leisten und auch stets Erfolge zu verzeichnen haben. Von den 7 Versammlungen, die im Februar innerhalb des Bez. stattfanden, zeichnete sich besonders die in **Helmstedt** aus. Hier hatten die Genossen im Verein mit dem R.F.B. eine Werbewoche vorausgehen lassen, in der jeder Straßenzug mit Flugzettel und „Rote Helfer“ belegt wurde. Der Erfolg war der, daß die Versammlung eine gute wurde und verschiedene Neuaufnahmen und neue Leser des „Roten Helfers“ gewonnen wurden.

Wie man werben und den „Roten Helfer“ umsetzen kann, zeigt uns der Genosse **Zenker aus Helmstedt**. Im gelang es in 2 Tagen 111 Rote Helfer zu verkaufen. Der Gen. Z. nahm sich an beiden Tagen je verschiedene Straßenzüge vor. Ging von Haus zu Haus, fing in der obersten Etage an und hörte im Erdgeschoß auf. Er ließ sich nicht entmutigen, wenn man ihm die Tür vor der Nase zuschlug. So gelang es ihm, diese hohe Zahl Rote Helfer umzusetzen.

Wie der Genosse Z. in H. mit dem RH-Vertrieb Erfolg hatte, so hatten unsere Genossen in **Göttingen, Celle, Vlotho** mit ihrer Arbeit in den Gewerkschaften und anderen proletarischen Organisationen Erfolg. In **Celle** nahm eine Sitzung des **Gewerkschaftskartells** nach kurzen Ausführungen eines unserer Genossen eine Resolution an, in der der **A.D.G.B.-Bundesvorstand aufgefordert wird, gegen die Schließung des Kinderheimes Barkenhoffs energisch zu protestieren**. Desgleichen tat der **Baugewerksbund in Celle**. In **Vlotho** gelang es wie immer ebenfalls Protestresolutionen einzubringen, die von 8 verschiedenen Organisationen unterzeichnet waren. Ein Zeichen dafür, daß, wenn gearbeitet wird, auch tatsächlich Erfolge zu erreichen sind.

Die Ortsgruppe **Celle** faßte in einer Mitgliederversammlung den Beschluß, an sämtliche Gewerkschaften ein Schreiben herauszugeben, mit der Aufforderung, in ihren Mitgliederversammlungen ein Referat über die Aufgaben und Bedeutung der Roten Hilfe halten zu lassen und die R.H. finanziell zu unterstützen. Der Erfolg steht noch aus. Doc hist aus den bisher gemachten Erfahrungen das Beste zu hoffen.

Die Ortsgruppe **Hannover** hat es verstanden, die Rückkehr des Gen. Michelsen aus der Festung Cottbus propagandistisch gut auszunutzen. Der R.F.B. trat geschlossen zu einer Demonstration an, um den Gen. M. von der Bahn abzuholen. Verschiedene Neuaufnahmen konnten gemacht werden.

Niederrhein.

Unsere Kampagnen haben noch einen Grundmangel, der in der ungenügenden Vorbereitung und schlechten Organisation einerseits und der mangelnden organisatorischen Auswertung andererseits besteht. Das Mißverhältnis zwischen unserem Einfluß und der Sympathie unter den Werk-tätigen und dem tatsächlichen

Stand der Organisation kann durch eine bessere gründlichere Ausnutzung unserer Kundgebungen

Versammlungen, usw., durch eine persönliche Bearbeitung der Versammlungsbesucher durch unsere Funktionäre beseitigt werden. So hat z. B. ein Genosse bei der Crefelder Hoelz-Kundgebung allein 50 Neuaufnahmen gemacht. Unsere Arbeit konzentrierte sich im Januar und Februar im Wesentlichen auf die Durchführung der Hoelz- und Jürgens-Kampagne. Außer den Versammlungen der Genossen **Dombrowski** und **Wollweber**, die uns vom Zentralvorstand zur Verfügung gestellt wurden, führte der Bezirksvorstand noch andere durch, die alle gut besucht

waren. Die Schwächen und Fehler haben wir bereits aufgezeigt. Am 22. Februar wurde der Genosse **Adams**, Düsseldorf, aus dem Zuchthaus entlassen. Der gerade tagende Bezirksausschuß verständigte sofort die Leitung des R.F.B. und nach einer Stunde hallten sich die Massen am Bahnhof zum Empfang des Gen. Adams zusammen. Der vollzählig vertretene Bezirk 7 begrüßte den Gen. Adams, der 53 Tage im Hungerstreik gestanden hatte, als einen ungebrochenen Kämpfer. Der Gen. Adams, von einem dreimaligen „Rot Front“ und einem Musikstück begrüßt, gelobte Mitstreiter zu

bleiben und zur Befreiung aller noch im Kerker schmachtenden Genossen unermüdetlich zu kämpfen. Auch fanden im Februar Unterbezirkskonferenzen statt, die zu dem Stand der Unterbezirksorganisation und der Bezirkskonferenz, sowohl auch zum Reichskongreß ausgiebig Stellung nahmen.

Hessen-Waldeck.


Im Anschluß an den Dezember-Bericht muß bemerkt werden, daß sich die Stellung der hiesigen K.P.D.-Presse die N.-A.-Z. zu den Berichten der Roten Hilfe sehr verschlechtert hat.

In den Berichtsmonaten wurden die Hoelz-Kampagne sowie die Jürgens-Kampagne durchgeführt. In ersterer sprach Gen. **Dombrowski** in zwei überfüllten öffentlichen R.H.-Versammlungen.

Leider hielt die N.-A.-Z. es nicht für nötig, die

ihr zugesandten Berichte zu veröffentlichen. Dieses Benehmen der N.-A.-Z. wirkt hindernd in unserer schweren Arbeit im Bezirk. Bei der am 24. 1. in Kassel stattgefundenen Erwerbslosendemonstration wurde ein frisch zugereister Erwerbsloser verhaftet und Anfang März zu 2½ Jahren Zuchthaus verurteilt. Die Mitgliederzunahme geht langsam, aber stetig voran. Viele Funktionäre haben noch nicht den Ernst der Roten Hilfe erkannt.

Preisaufgabe



Ihr habt doch Bücher? Ihr gebt sie auch Euren Kollegen? Ihr diskutiert darüber mit Euren Arbeitsgenossen?
Das ist sehr gut!
Aber wir wissen Eure Meinung über unsere Meinung nicht. Das zu wissen aber ist uns ungeheuer wichtig. Das wollen, das müssen wir wissen!
Deshalb haben wir einen neuen Weg gewählt.

Felix Halle schrieb ein wichtiges Buch: „Anklage gegen Justiz und Pollzel“. Das solltet ihr lesen — vielleicht mit Euren Kollegen, mit anderen Roten Helfern zusammen — und uns darüber einen Bericht senden, der nicht über 100 Maschinenschriftzeilen lang sein darf. Die drei besten Arbeiten werden prämiert! Der Bericht soll sagen, was Euch im Buch gefallen, mißfallen hat. Welche Mängel das Buch, welche Vorzüge es hat.

Die Berichte müssen bis spätestens 15. Mal an den Mopr-Verlag, Berlin NW 7, Dorotheenstr. 77-78, eingesandt und mit einem Kennwort versehen werden. In einem zweiten Briefumschlag mit dem gleichen Kennwort ist Name und Adresse des Einsenders anzugeben.

Das Preisrichterkollegium geben wir in der nächsten Nummer bekannt, heute aber schon die Preise:

1. Preis: Bücher nach freier Auswahl aus einem Arbeitervergab	im Werte von 30 Mark
2. Preis: Bücher	im Werte von 20 Mark
3. Preis: Bücher	im Werte von 10 Mark

Und jetzt erwarten wir Eure Artikel!

Mopr-Verlag.

Bericht über die Bezirkskonferenz der R.H.D. Erzgeb.-Vogtl.

Der Bezirk Erzgeb. Vogtl. hielt am 6. März seine 2. Bezirks-tagung in Chemnitz ab. Die Tagung war von 127 Delegierten aus 92 Ortsgruppen besucht. Es fehlten zu der Konferenz 75 Ortsgruppen des Bezirkes. Zwei Korperativmitgliedschaften hatten je einen Delegierten entsandt.

Das politische Referat wurde vom Zentralvertreter Gen. **Altwein** gehalten. Der Kern seiner Ausführungen war die Frage der Gewinnung der sozialdemokratischen Arbeiter für die „Rote Hilfe“. Die Aussprache zum Referat bewegte sich in der Hauptsache um den Kernpunkt des Referates und zeigte, daß die natürlichen Schwierigkeiten gar nicht so groß sind, als manche glauben, wenn man nur wirklich praktisch an die Frage mit dem besten Willen zur Lösung herangeht. Die Genossen Krause und Vogel gaben den Delegierten in dieser Beziehung sehr gute Anregungen.

Nach dem 1. Referat wurde von einem Zentralvertreter dem Bezirk im Namen der „Rote Hilfe“, Gruppe Odessa-Rußland eine der „Rote Hilfe“, Gruppe Crimmitschau gestiftete prächtige rote Fahne überreicht. Der Bezirk dankte den Odessaer Arbeitern und der IRH, im besonderen durch die Verpflichtung der Uebernahme von Patenschaften über 7 polnische Gefängnisse.

Den Geschäftsbericht gab Gen. **Füllgraf**. Er zeigte nicht nur Seiten des Fortschrittes, sondern legte auch offen eine Reihe von Mängeln sowohl der Bezirksleitung, wie besonders auch der Ortsgruppen dar. Die Aussprache zu diesem Punkt hatte ihren Wert durch die offene Behandlung von Schwächen, die abgestellt werden müssen und können.

Da die Konferenz nur an einem Tag stattfand, konnten die Aufgaben der Konferenz nicht so behandelt werden als es notwendig gewesen wäre. Auch die Behandlung der Anträge mußte sehr darunter leiden.

Zur Organisationsfrage stellte sich der Bezirk durch 3 Anträge auf den Boden des Arbeitsausschusses des Zentralvorstandes und lehnte in einem Pasus der gestellten Anträge die im „Roten Helfer“ Nr. 3 veröffentlichten Richtlinien des Gen. Sawadski, Berlin, einstimmig ab.

Nach den Neuwahlen des Bezirksvorstandes und den Wahlen der Delegierten zum Reichskongreß wurden noch Resolutionen angenommen für Hölz und für die Opfer des Verbrechers Jürgens, wie für die Freilassung aller politischen Gefangenen, gegen die beabsichtigte Schließung des Kinderheimes Worpsswede, an die kommunistischen und sozialdemokratischen Arbeiter, an die politischen Gefangenen und an die Mitglieder der Roten Hilfe.

Die vom Z. V. zur Verfügung gestellte Ausstellung mußte ihre Wirkung vollständig verfehlen, weil das Lokal viel zu klein war. Nicht einmal die Delegierten selbst konnten sich einen instruktiven Ueberblick verschaffen. Gästen und den Mitgliedern der „Rote Hilfe“, Gruppe Chemnitz und Umgegend, konnte die Ausstellung gar nicht zugänglich gemacht werden. Bezirkskonferenzen der „Roten Hilfe“ dürfen keine diskreten Zusammenkünfte sein, die unter Ausschluß der Öffentlichkeit tagen. Die Ausstellung muß wiederholt werden.